



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1959

Samstag, den 20. Juni 1959

Nr. 25

I N H A L T	Seite	Seite	
<b>Der Hessische Ministerpräsident</b>			
Ertelung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Portugiesischen Generalkonsul in Hamburg, Herrn Dr. Amaro Sacramento Monteiro	649		
Ungültigkeitserklärung eines Unterbringungsscheines	649		
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>			
Wiederanwendung deutsch-dänischer Vorkriegsverträge auf dem Gebiet des Personenstandswesens; hier: Legalisation von durch dänische Notare errichteten bzw. beurkundeten Schriftstücken	649		
Ausweis- und paßrechtliche Behandlung der Mitglieder ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet; hier: Ausweispapiere der Mitglieder der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika	650		
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Oberhörten im Landkreis Biedenkopf	650		
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Runzhausen im Landkreis Biedenkopf	650		
<b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>			
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	650		
Zahlungstage für Dienstbezüge	650		
Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge gemäß § 29 MTL für Straßenbauarbeiter	650		
<b>Der Hessische Minister der Justiz</b>			
Anordnung über die Bestimmung der Übermittlungsstelle	651		
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>			
Stationäre Beleuchtung der Autobahnanschlußstelle Frankfurt/Main-Süd	651		
		Nachtrag zu den Genehmigungsunkunden der Butzbach-Licher Eisenbahn-Aktiengesellschaft für den Bau und Betrieb einer Nebenbahn von Butzbach nach Lich, von Griedel nach Bad Nauheim sowie von Butzbach bis frühere Landesgrenze (nach Ebergöns) und von Oberkleen bis frühere Landesgrenze (nach Butzbach) . . . . .	651
		<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen</b>	
		Vorschriften für die staatliche Prüfung von Impfstoffen gegen die atypische Geflügelpest . . . . .	652
		Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnissscheinen Die gemeldeten Infektionskrankheiten . . . . .	652
		<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>	
		Flurbereinigung Neuenrode, Krs. Witzenhausen	652
		Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Elkerhausen, Krs. Oberlahn . . . . .	653
		<b>Personalnachrichten</b>	
		B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — . . . . .	653
		C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .	653
		D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . .	654
		<b>Hessischer Verwaltungsschulverband</b>	
		Neue Lehrgänge am Verwaltungssenminar Wiesbaden . . . . .	656
		<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	656
		<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .	657
		Hessische Landesbank — Girozentrale — Frankfurt (Main) Bilanz zum 31. Dezember 1958 . . . . .	664
		Landesbausparkasse Hessen, Bilanz zum 31. Dezember 1958 . . . . .	667

551

### Der Hessische Ministerpräsident

**Ertelung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Portugiesischen Generalkonsul in Hamburg, Herrn Dr. Amaro Sacramento Monteiro.**

Die Bundesregierung hat dem zum Portugiesischen Generalkonsul in Hamburg ernannten Herrn Dr. Amaro Sacramento Monteiro am 12. Mai 1959 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Bundesgebiet. Ausgenommen sind die Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen sowie der westlich der Weser gelegene Teil des Landes Niedersachsen.

Wiesbaden, 2. 6. 1959

Der Hessische Ministerpräsident, Staatskanzlei  
II/3 Az.: 2e 10/03 St.Anz. 25/1959 S. 649

552

**Ungültigkeitserklärung eines Unterbringungsscheines.**

Der Unterbringungsschein des nachstehend benannten bisherigen Unterbringungsteilnehmers wird für ungültig erklärt,

Dr. Reinhold Anderlitschek, geb. am 15. 10. 1915, am 8. 5. 1945 Assessor (K) (Beamter auf Widerruf), Unterbringungsschein 16 — I Nr. A/1007 vom 14. 7. 1954.

Wiesbaden, 6. 6. 1959

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen  
II/12 — LS 1741

St.Anz. 25/1959 S. 649

553

### Der Hessische Minister des Innern

**Wiederanwendung deutsch-dänischer Vorkriegsverträge auf dem Gebiet des Personenstandswesens;**

hier: Legalisation von durch dänische Notare errichteten bzw. beurkundeten Schriftstücken.

Nach der Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 30. 6. 1953 (BGBl. II S. 186; St.Anz. S. 198) über die Wiederanwendung deutsch-dänischer Vorkriegsverträge werden u. a. die nachstehenden Verträge wieder angewendet:

a) Notenwechsel vom 14. 5. 1893, 11. 3. 1894 und 19. 9. 1894 über den Austausch von Sterbeurkunden und zwar bezüglich aller Sterbefälle von Staatsangehörigen des einen Staates in dem anderen Staate (nicht veröffentlicht) mit

Wirkung vom 1. 1. 1953 (RdErl. vom 12. 9. 1957 — IIe — 25h 04/47 — 5/57 — 1 — betr. Austausch von Sterbefallmitteilungen — § 304 Abs. 2 DA).

b) Beglaubigungsabkommen vom 17. 6. 1936 (RGBl. I S. 213) mit Ausnahme des Art. 6, mit Wirkung vom 1. 9. 1952.

Nach dem unter b) angeführten Beglaubigungsabkommen bedürfen Urkunden, die in einem der Vertragsstaaten von einem Gericht, einer obersten oder höheren Verwaltungsbehörde oder von einem Notar aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Dienstsiegel versehen sind, zum Gebrauch im Gebiet des anderen Staates keiner weiteren Beglaubigung oder Legalisation.

Weiter werden Auszüge aus deutschen Personenstandsbüchern und -registern in Dänemark ohne weitere Beglaubigung oder Legalisation anerkannt, wenn sie von dem Standesbeamten oder seinem Stellvertreter ausgestellt und mit Dienstsiegel versehen sind.

Zum Gebrauch dänischer Urkunden ziviler Behörden über Standesfälle ist in der Bundesrepublik die Beglaubigung durch die zuständige dänische Ortsverwaltungsbehörde (in Kopenhagen die Polizeidirektion, außerhalb Kopenhagens der Polizeimeister) unter Beifügung ihres Dienstsiegels oder Dienststempels erforderlich; dabei ist zu bescheinigen, daß der Aussteller zur Ausfertigung der Urkunde befugt ist. Urkunden über den Inhalt von Kirchenbüchern werden durch das Kirchenministerium beglaubigt.

Ehefähigkeitszeugnisse, die von einem deutschen Standesbeamten oder dessen Stellvertreter oder vom Königlich Dänischen Justizministerium, dem Polizeidirektor in Kopenhagen oder dem örtlich zuständigen Polizeimeister ausgestellt und mit Dienstsiegel oder Dienststempel des Beamten oder der Behörde versehen sind, werden im Gebiet des anderen Staates ohne weitere Beglaubigung oder Legalisation anerkannt.

Auf § 405 Abs. 2 DA, wonach schon bisher entsprechend zu verfahren war, weise ich hin.

Wiesbaden, 3. 6. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
II e — 25 h 04/33 — 71/59 — 4  
St.Anz. 25/1959 S. 649

554

#### Ausweis- und paßrechtliche Behandlung der Mitglieder ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet;

hier: Ausweispapiere der Mitglieder der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika

Bezug: Erlaß vom 31. 10. 1957 (St.Anz. S. 1138).

Die in Abschn. IV der Anlage 3 des Bezugserlasses unter Ziff. 2 Buchst. a) und c) und Ziff. 3 Buchst. a) und b) genannten Identifications Cards W. D. A. G. O. 65 und DD

557

### Der Hessische Minister der Finanzen

#### Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

##### Änderung der Satzung

Nachstehend wird die vom Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder vorgeschlagene und vom Bundesminister der Finanzen gemäß § 64 Abs. 1 der Anstaltssatzung genehmigte Satzungsänderung bekanntgegeben:

§ 13 erhält folgenden neuen Absatz 4:

„Der Vorsitzende des Verwaltungsrats — im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter — vertritt die Anstalt bei der Regelung aller Rechtsbeziehungen zu den Vorstandsmitgliedern.“

Wiesbaden, 5. 6. 1959

Der Hessische Minister der Finanzen  
P 2174 A — 15 — I 54  
St.Anz. 25/1959 S. 650

558

#### Zahlungstage für Dienstbezüge

Die bisherigen Vorschriften über den Zahlungstag für Dienstbezüge (Nr. 90 BV zum Besoldungsgesetz von 1927) sind nach § 42 Abs. 1 HBesG vom 21. 12. 1957 (GVBl. S. 177) außer Kraft getreten. In § 4 Abs. 1 HBesG ist lediglich bestimmt, daß Dienstbezüge monatlich im voraus gezahlt werden. Bis zum Erlaß von Verwaltungsvorschriften zu § 4 bitte ich wie folgt zu verfahren:

1. Die Dienstbezüge werden am letzten Werktag gezahlt, der dem Zeitabschnitt vorhergeht, für den die Zahlung bestimmt ist.

2. Fällt der Auszahlungstag der Bezüge auf einen Sonnabend oder einen anderen Werktag, an dem die Dienststunden wie an Sonntagen geregelt sind, so können die Dienstbezüge bereits am vorletzten Werktag gezahlt werden.

Formular 720 sind für den dort bezeichneten Personenkreis durch die Identification Card DD Form 1173 ersetzt worden.

Ich bitte, den Bezugserlaß entsprechend zu berichtigen.  
Wiesbaden, 3. 6. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
III b — 23 c 23 d  
St.Anz. 25/1959 S. 650

555

#### Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Oberhörten im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Gemeinde Oberhörten im Landkreis Biedenkopf Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In Rot ein dreistöckiger silberner Kirchturm zwischen zwei halben goldenen Wolfangeln.“

Wiesbaden, 3. 6. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
IV b (2) — 3 k 06 — 16 59  
St.Anz. 25/1959 S. 650

556

#### Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Runzhausen im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Runzhausen im Landkreis Biedenkopf Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In einem von Grün und Gold schräglinks geteilten Schild oben eine goldene Hirschstange in Grün und unten ein halbes grünes Rad in Gold.“

Wiesbaden, 3. 6. 1959

Der Hessische Minister des Innern  
IV b (2) — 3 k 06 — 16 59  
St.Anz. 25/1959 S. 650

559

#### Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge gemäß § 29 MTL für Straßenbauarbeiter

Bezug: Mein Erlaß vom 22. Mai 1959 — P 2251 A — 34 — I 41 (St.Anz. S. 594)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat mit dem Verband Deutscher Straßenwärter am 28. April 1959 einen Tarifvertrag abgeschlossen, der den mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr am 22. April 1959 vereinbarten Tarifvertrag über Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge gem. § 29 MTL für Straßenbauarbeiter zum Inhalt hat. Ich gehe den Anschlußtarifvertrag nachstehend bekannt. Von einer nochmaligen Veröffentlichung des mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr abgeschlossenen Tarifvertrages vom 22. 4. 1959 sehe ich ab.

Wiesbaden, 2. 6. 1959

Der Hessische Minister der Finanzen  
P 2048 A — 6 — I 41  
St.Anz. 25/1959 S. 650

## Anlage

Tarifvertrag vom 28. April 1959

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, und dem Verband Deutscher Straßenwärter — Gesamtvorstand — wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

## § 1

Für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschließlich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wird ein Tarifvertrag gleichen Inhalts vereinbart, wie er zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — andererseits, am 22. April 1959 zur Neuregelung der Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge gemäß § 29 MTL geschlossen worden ist, soweit sich dieser Tarifvertrag auf die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschließlich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter bezieht.

## § 2

Der als Anlage in beglaubigter Abschrift beigefügte Text des Tarifvertrages vom 22. April 1959 gilt als Bestandteil dieses Tarifvertrages.

## § 3

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit dem Außerkrafttreten des in der Anlage beigefügten Tarifvertrages vom 22. April 1959 außer Kraft.

(2) Für den Fall des Außerkrafttretens wird die Nachwirkung gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes ausgeschlossen.

Bonn, 28. 4. 1959

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder  
Der Vorsitz der Vorstandes  
gez. Dr. Conrad

Für den Verband Deutscher Straßenwärter  
— Gesamtvorstand —  
gez. Eul            gez. Sohn

560

## Der Hessische Minister der Justiz

## Anordnung über die Bestimmung der Übermittlungsstelle

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland vom 26. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 149) wird angeordnet:

Die Aufgaben der Übermittlungsstelle im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 des Übereinkommens nimmt der Minister der Justiz wahr.

Wiesbaden, 5. 5. 1959

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident und Minister der Justiz

Zinn

St.Anz. 25/1959 S. 651

561

## Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

## Stationäre Beleuchtung der Autobahnanschlusstelle Frankfurt (Main)-Süd.

Am 6. Februar 1959 wurde im Bereich der Autobahnanschlusstelle Frankfurt (Main)-Süd in km 174,9 der Autobahnstrecke Köln—Frankfurt (Main)—Nürnberg eine stationäre Beleuchtungsanlage in Betrieb genommen. Es handelt sich um eine Versuchsanlage, die jederzeit oder je nach Bedarf ein-, aus- oder abgeschaltet werden kann.

Wiesbaden, 2. 6. 1959

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr  
W III d — Az.: 63a — 04.15

St.Anz. 25/1959 S. 651

gierungsblatt Nr. 11) und des § 2 des preußischen Gesetzes über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 (Gesetzsamml. S. 225), in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes über Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes von Bahnunternehmungen des öffentlichen Verkehrs vom 7. März 1934 (Regierungsbl. II S. 91) werden die der Butzbach-Licher Eisenbahn-Aktiengesellschaft erteilten Genehmigungen für den Bau und Betrieb einer Nebenbahn

vom

22. 3. 1902/17. 7. 1907 für den Streckenabschnitt Butzbach-Lich,

29. 8. 1908 für die Streckenabschnitte Griedel—Bad Nauheim und Butzbach — frühere Landesgrenze (Ebersgöns) und

21. 10. 1909/7./16. 3. 1925 für den Streckenabschnitt Oberkleen — frühere Landesgrenze,

bis zum 31. Dezember 1959 verlängert.

Wiesbaden, 12. 5. 1959

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr  
W III b 1 — 66 d 10/03

St.Anz. 25/1959 S. 651

562

Nachtrag zu den Genehmigungsurkunden der Butzbach-Licher Eisenbahn-Aktiengesellschaft für den Bau und Betrieb einer Nebenbahn von Butzbach nach Lich, von Griedel nach Bad Nauheim sowie von Butzbach bis frühere Landesgrenze (nach Ebersgöns) und von Oberkleen bis frühere Landesgrenze (nach Butzbach).

Auf Grund des Artikel 10 Ziffer 4 des hessischen Gesetzes die Nebenbahnen betreffend vom 29. Mai 1884 (Hess. Re-

In § 17, Abs. 4, Zeile 4 muß es statt „ $1,1 \times 10^{-7}$  ccm“ heißen „ $0,1 \times 10^{-7}$  ccm“.

Wiesbaden, 5. 6. 1959

Der Hessische Minister für Arbeit  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

VII 19 b 12

St.Anz. 25/1959 S. 651

563

## Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Vorschriften für die staatliche Prüfung von Impfstoffen gegen die atypische Geflügelpest — St.Anz. 1959 S. 553 —

(Anlage zum Erlaß des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen — VII Nr. 139-19 b 12 Tgb.-Nr. 561 — St.Anz. 21/59 S. 553).

564

**Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen**

Nachstehend bezeichnete Sprengstofferaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung	Aussteller des Scheines
Peter Cordes Arolsen, Krs. Waldeck	C 125/58 1958	GAA Kassel
Georg Huber Wilsenroth, Krs. Limburg	B 135/58 1958	GAA Limburg
Werner Stenger Eibelshausen, Dillkreis	B 42/59 1959	GAA Limburg

Wiesbaden, 4. 6. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

III — Az. 53c 04.05.2 — Tgb.Nr. 9216/59

St.Anz. 25/1959 S. 652

565

**Die gemeldeten Infektionskrankheiten in Hessen**

(Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)

Bevölkerungszahl: 4 651 483

Monat: Mai 1959 (3. 5.—30. 5. 1959)

Berichtsgebiet	N = Neuerkrankungen T = Todesfälle	Fleckfieber	Milzbrand	Diphtherie	Scharlach	Tbc-Lunge	Tbc anderer Organe	Keuchhusten	Meningitis epidemica	Pollomyelitis	Unterelebstyphus	Paratyphus	Übertragbare Ruhr	Bakt. Lebensmittelvergiftung	Bang'sche Krankheit	Übertragbare Gelbsucht	Krätze	Encephalitis	Malaria	Tularämie	Masern	Qu-Fieber	Weil'sche Krankheit	Trichinose	Trachom	Psittakose	Bisverletzung d. tollw. od. -verdächtige Tiere	Virus-Meningitis	Kindbettfieber nach Geburt	Kindbettfieber nach Fehlgeburt
Reg.-Bezirk DARMSTADT	N T	— —	— —	1 —	50 10	64 —	18 —	180 —	— —	— —	1 —	1 —	2 —	— —	— —	11 —	— —	— —	— —	— —	62 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	
Reg.-Bezirk KASSEL	N T	— —	— —	— —	62 —	36 —	4 —	101 —	4 —	1 —	— —	2 —	— —	1 —	— —	49 —	— —	— —	— —	— —	10 —	— —	— —	— —	— —	16 —	— —	— —	— —	
Reg.-Bezirk WIESBADEN	N T	— —	— —	1 —	86 11	52 —	19 1	341 —	— —	1 —	5 —	1 —	2 —	4 —	— —	6 —	— —	— —	— —	— —	66 —	— —	— —	— —	— —	— —	1 —	— —	— —	
Land HESSEN	N T	— —	— —	2 —	198 21	152 —	41 1	622 —	4 —	2 —	6 —	4 —	4 —	5 —	— —	66 —	— —	— —	— —	— —	138 —	— —	— —	— —	— —	16 —	1 —	— —	— —	

Wiesbaden, 4. 6. 1959

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
VI e

St.Anz. 25/1959 S. 652

566

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten****Flurbereinigung Neuenrode, Krs. Witzzenhausen**

Auf Grund des § 86 des Flurb.G. vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591 ff) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Für Teile der Gemeinden Berge und Hermannrode, Kreis Witzzenhausen, sowie der Gemeinde Mollenfelde, Krs. Göttingen, Reg.-Bez. Hildesheim, Land Niedersachsen, wird die Flurbereinigung angeordnet.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in einer Gesamtgröße von 161,4469 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Neuenrode“ mit dem Sitz in Berge, Kreis Witzzenhausen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden gemäß § 14 Flurb.G. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich

sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb einer Frist von 3 Monaten seit Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt Kassel, Friedrich-Ebert-Str 45-47, anzumelden.

Bei verspäteter Anmeldung kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Fristablauf wird nicht dadurch gehemmt, daß in der Person eines solchen Rechts, das aus dem Grundbuch nicht ersichtlich ist, ein Wechsel eintritt.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt

werden sollen; c) wenn Ostbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 Flurb.G. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Berge und den Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, Gebietskarte und Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der Gemeinden Berge, Hermannrode und Mollenfelde zwei Wochen lang ausgelegt.

Kassel, 30. 4. 1959

**Kulturamt**  
St.Anz. 25/1959 S. 65?

**567**

**Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Elkerhausen, Krs. Oberlahn.**

Auf Grund des § 91 und 93 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 und § 86 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Elkerhausen, Krs. Oberlahn, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die gesamte Gemarkung ausschließlich der in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von rd. 330 ha. Die Grenzen dieses Gebietes sind auf der Gebietskarte, welche einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer an dem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von El-

kerhausen mit dem Sitz in Elkerhausen, Krs. Oberlahn. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Durchführung der Zusammenlegung gem. § 93 ff des Flurb.G. vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — schließt die Durchführung eines späteren Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 des Flurb.G. aufgefordert, Rechte die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg (Lahn), Gymnasiumplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteteiligte demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 des Flurb.G. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung die Zustimmung des Kulturamts erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Brunnen, Bauwerke, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 des Flurb.G. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Elkerhausen, Aulenhäuser, Aumenau, Blessenbach, Falkenbach, Gräveneck und Weinbach öffentlich bekanntgegeben.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern Elkerhausen, Aulenhäuser, Aumenau, Blessenbach, Falkenbach, Gräveneck und Weinbach 2 Wochen lang ausgelegt.

Limburg, 4. 5. 1959

**Kulturamt**  
W F 236 Z  
St.Anz. 25/1959 S. 653

**568**

**Personalnachrichten**

Es sind

**b. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —**

in den Ruhestand versetzt: Reg.-Obersekretär Adam Weimar (27. 5. 1959) Hess. Stat. Landesamt

Wiesbaden, 3. 6. 1959

**Der Hessische Ministerpräsident, Staatskanzlei III (1) Az. 8a**

St.Anz. 25/1959 S. 653

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**

**d) Regierungspräsident in Wiesbaden**

ernannt

zum Reg.-Inspektor (BaK): Reg.-Oberinspektor z. Wv. Alfred Wenzel (1. 4. 1959);

zu ap. Reg.-Inspektoren (BaW): die Reg.-Inspektoranw. Ingrid Bingel und Eberhard Gintaut (25. 3. 59);

zu Reg.-Inspektoranw. (BaW): Brigitte Damm, Veit Hoffmann und Uwe Nöller (1. 4. 1959);

zu Reg.-Obersekretären: die Reg.-Sekretäre (BaL) Erich Dichtelmüller (13. 3. 59), Anne Hahn (30. 4. 59), Philipp Nab (13. 3. 59);

zum Reg.-Sekretär: Verw.-Assistent (BaL) Franz Gotthardt (23. 3. 59);

zum Reg.-Sekretär (BaK): Angest. Gerhard Gombel, LA Dillenburg (1. 5. 59).

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Reg.-Oberinsp. Matthias Weißenfels (12. 3. 59);

Reg.-Inspektor Heinz Hahn (8. 4. 59);

in den Ruhestand versetzt

Reg.-Direktor Wilhelm Hess (1. 4. 59) und Reg.-Amtmann Josef Scheidt (1. 4. 59);

entlassen auf eigenen Antrag

Reg.-Sekretär Günther Schramm (1. 4. 59).

Wiesbaden, 25. 5. 1959

**Der Regierungspräsident**  
P 2

**d) Reg.-Präsident in Wiesbaden**

ernannt zum Polizeimeister: die Polizeihauptwachmeister Willi Hadel, (BaL) Polizeikommissariat Dillenburg (13. 5. 59), Heinrich Hau, (BaL) Polizeikommissariat Hanau (12. 5. 59), Rupertus Herschel, (BaL) Polizeiverkehrsbereitschaft Wiesbaden (16. 5. 59), Florian Nawrath, (BaL) Polizeikommiss-

sariat Weilburg (13. 5. 59), Heinrich Nickel, (BaL) Polizeikommissariat Gelnhausen (14. 5. 59), Wilhelm Prinz, (BaL) Polizeikommissariat Biedenkopf (20. 5. 59), Helmut Tschentscher (BaL) Polizeikommissariat Limburg (14. 5. 59);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeihauptwachmeister Heinrich Hau, Polizeikommissariat Hanau (12. 5. 59).

Wiesbaden, 3. 6. 1959. **Der Regierungspräsident**  
Dezernat I 3 Pol.

*St. Anz. 25/1959 S. 653*

#### k) Hessische Landesfeuerwehrschule Kassel

ernannt zum Regierungsobsekretär

Regierungssekretär (BaL), Ernst Eckel (1. 6. 1959).

Kassel, 2. 6. 1959 **Hessische Landesfeuerwehrschule**  
*St. Anz. 25/1959 S. 654*

### D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

#### b) Oberfinanzdirektion

ernannt

zum Regierungsoberbaurat (BaL) Regierungsbaurat Hans-Georg Hartmann, (1. 1. 59)

zum Regierungsoberbauamtmann (BaL) Regierungsbauamtmann Johann Niemann, (1. 1. 59)

zum Regierungsbauamtmann (BaL) Regierungsoberbauinspektor Heinrich Scheid, (1. 4. 59)

zum Steueroberinspektor (BaL) Steuerinspektor Otto Pfeiffer, (1. 1. 59)

ernannt und berufen

zum Regierungsbaurat (BaK) Regierungsbaumeister a. D. Karl Freymann, (1. 4. 59)

zum Amtsgehilfen (BaK) die Verwaltungsarbeiter Martin Jakob, (1. 5. 59), Adolf Pacht, (1. 5. 59)

#### Steuerverwaltung

ernannt

zum Regierungsassessor die Assessoren im Finanzdienst (BaW) Otto-Friedrich Kaiser, FA. Frankfurt, Stiftstraße (25. 2. 59); Helmut Meyer-Eschenbach, FA. Frankfurt, Taunustor (25. 2. 59); Eduard Muschik, FA. Kassel, Spohrstraße (27. 2. 59); Dr. Josef Durstewitz, FA. Frankfurt, Taunustor (24. 3. 59);

zum Steueroberamtmann die Steueramtmänner (BaL) Albert Günther, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 12. 58); Gustav Höhne, FA. Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 12. 58); Theobald Schöne, FA. Marburg (1. 12. 58); Claus Ullrich, FA. Kassel, Spohrstr. (1. 12. 58); Kurt Hinze, FA. Melsungen (1. 5. 59);

zum Steueramtmann die Steueroberinspektoren (BaL) Georg Beitz, FA. Frankfurt-Höchst (1. 1. 59); Friedrich Ettner, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 1. 59); Wilhelm Klauer, FA. Frankfurt, Börse (1. 1. 59); Willi Heine, FA. Offenbach-Land (1. 2. 59); Georg Iffert, FA. Witzhausen (1. 2. 59); Heinrich Lochmann, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 2. 59); Richard Loos, FA. Groß-Gerau (1. 2. 59); Wilhelm Pitz, FA. Rotenburg (1. 2. 59); Friedrich Schön, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 2. 59); Philipp Stork, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 3. 59); Wilhelm Hahn, FA. Friedberg (1. 4. 59);

zum Steueroberinspektor die Steuerinspektoren (BaL) Erwin Zolke, FA. Kassel, Goethestraße (1. 4. 58); Erwin Wirbelauer, FA. Wetzlar (1. 11. 58); Heine Bieschke, FA. Rüdeshcim (1. 12. 58); Erwin Fischer, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 12. 58); Werner Gebhardt, FA. Frankfurt, Börse (1. 12. 58); Rudolf Haase, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 12. 58); Helmut Herth, FA. Langen (1. 12. 58); Heinz Kühmichel, FA. Marburg (1. 12. 58); Georg Ruppel, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 12. 58); Helmut Schirmer, FA. Frankfurt, Börse (1. 12. 58); Heinrich Stöppler, FA. Lauterbach (1. 12. 58); Heinrich Bachmann, FA. Frankfurt, Börse (1. 1. 59); Rudolf Deininger, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59); Josef Schick, FA. Marburg (1. 1. 59); Philipp Friedrich, FA. Gelnhausen (1. 2. 59); Ferdinand Gundlach, FA. Wetzlar (1. 2. 59); Hans Loebisch, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 2. 59); Walter Nicolai, FA. Dieburg (1. 2. 59); Heinrich Reichmann, FA. Offenbach-Land (1. 2. 59); Hermann Ruhland, FA. Homberg (1. 2. 59); Wilhelm Hofmann, FA. Gießen (1. 3. 59);

Friedrich Pfeiffer, FA. Bad-Homburg (1. 3. 59); Heinrich Rossler, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 3. 59); zum Steuerinspektor (BaL) Steuerobersekretär Otto Layh, FA. Darmstadt (1. 1. 59); ap Steuerinspektor (BaW) Walter Gärtner, FA. Kassel, Goethestr. (1. 2. 59);

zum ap. Steuerinspektor (BaW) die Finanzanwärter Hans Braunroth, FA. Kassel, Goethestr. (23. 2. 59); Hermann Dentel, FA. Fulda (23. 2. 59); Willi Eckhardt, FA. Gießen (20. 2. 59); Josef Gerhardt, FA. Gießen (23. 2. 59); Herbert Günther, FA. Kassel, Goethestr. (20. 2. 59); Hans Hilgenberg, FA. Gießen (20. 2. 59); Kurt Hollnagel, FA. Frankfurt, Stiftstr. (20. 2. 59); Alfred Holzhauser, FA. Bad Hersfeld (23. 2. 59); Walter Hoyer, FA. Frankfurt, Taunustor (20. 2. 59); Paul Kissel, FA. Darmstadt (23. 2. 59); Friedrich Klingehelg, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (20. 2. 59); Kilian Kunz, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (20. 2. 59); Rolf Kupfernagel, FA. Kassel, Goethestr. (23. 2. 59); Ingeborg Lüttke, FA. Frankfurt, Taunustor (20. 2. 59); Karl-Otto Meyer, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (20. 2. 59); Dieter Meyfarth, FA. Kassel, Goethestr. (23. 2. 59); Helmut Möller, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (23. 2. 59); Klaus Müller, FA. Darmstadt (20. 2. 59); Martin Müller, FA. Gießen (23. 2. 59); Wilfried Newrly, FA. Gießen (23. 2. 59); Helmut Nicht, FA. Fulda (23. 2. 59); Albert von Rockenthien, FA. Fulda (20. 2. 59); Harald Rothenhäuser, FA. Gießen (20. 2. 59); Gerhard Simon, FA. Frankfurt, Taunustor (20. 2. 59); Rolf Spitzer, FA. Frankfurt, Taunustor (20. 2. 59); Manfred Schermer, FA. Fulda (23. 2. 59); Urban Schmitt, FA. Fulda (23. 2. 59); Wilhelm Schmitt, FA. Fulda (23. 2. 59); Horst Schuchmann, FA. Gießen (20. 2. 59); Helmut Stenzel, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (20. 2. 59); Toni Vetter, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (23. 2. 59); Hermann Wehner, FA. Fulda (20. 2. 59); Walter Weinmann, FA. Frankfurt, Taunustor (20. 2. 59);

zum Steuerhauptsekretär die Steuerobersekretäre (BaL) Aloys Bayer, FA. Michelstadt (1. 2. 59); Theodor Bechtold, FA. Nidda (1. 2. 59); Franz Bieler, FA. Marburg (1. 2. 59); Josef Blum, FA. Wetzlar (1. 2. 59); Hermann Brandenburger, FA. Wetzlar (1. 2. 59); Hermann Breunig, FA. Nidda (1. 2. 59); Wilhelm Dickenberger, FA. Hanau (1. 2. 59); Fritz Dietzel, FA. Hanau (1. 2. 59); Robert Dünge, FA. Frankfurt, Stiftstr. (1. 2. 59); Georg Grobeis, FA. Michelstadt (1. 2. 59); Wilhelm Haus, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 2. 59); Georg Heil, FA. Fulda (1. 2. 59); Gerhard Klinge, FA. Kassel, Goethestr. (1. 2. 59); Karl Knippenberg, FA. Nidda (1. 2. 59); Georg Kraus, FA. Homberg (1. 2. 59); Johann Kubin, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 2. 59); Johannes Leopold, FA. Gelnhausen (1. 2. 59); Franz Leis, FA. Bad Schwalbach (1. 2. 59); Friedrich Machinia, FA. Rotenburg (1. 2. 59); Fritz Ortlieb, FA. Kassel, Goethestr. (1. 2. 59); Paul Pauli, FA. Gießen (1. 2. 59); Wilhelm Planert, FA. Alsfeld (1. 2. 59); Philipp Schallmayer, FA. Offenbach-Land (1. 2. 59); Adolf Schlaadt, FA. Rüdeshcim (1. 2. 59); Hermann Schuchard, FA. Alsfeld (1. 2. 59); Wilhelm Schulz, FA. Hofgeismar (1. 2. 59); Anton Schuster, FA. Offenbach-Land (1. 2. 59); Heinrich Wagner, FA. Kassel, Goethestr. (1. 2. 59); Johann Wagner, FA. Dieburg (1. 2. 59); Rudolf Wagner, FA. Offenbach-Stadt (1. 2. 59); Karl Walper, FA. Rotenburg (1. 2. 59); Karl Wustrack, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 2. 59); Heinrich Zörgiebel, FA. Bensheim (1. 2. 59); Georg Zülch, FA. Frankfurt, Stiftstraße (1. 2. 59);

zum Steuerobersekretär die Steuersekretäre (BaL) Hugo Adams, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59); Werner Allendorfer, FA. Alsfeld (1. 1. 59); Hans Alter, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 1. 59); Ludwig Appel, FA. Michelstadt (1. 1. 59); Hans Bauer, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Johann Beck, FA. Friedberg (1. 1. 59); Georg Berg, FA. Fürth-Odenwald (1. 1. 59); Rudolf Bittner, FA. Kassel, Goethestraße (1. 1. 59); Ernst Brand, FA. Korbach (1. 1. 59); Fritz Brosinger, FA. Gießen (1. 1. 59); Bernhard Brückner, FA. Bensheim (1. 1. 59); Heinrich Cerny, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Hermann Debus, FA. Biedenkopf (1. 1. 59); Heinrich Döttger, FA. Bad Hersfeld (1. 1. 59); Walter Eckert, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 1. 59); Franz Egerer, FA. Melsungen (1. 1. 59); Ludwig Engel, FA. Nidda (1. 1. 59); Johann Federer, FA. Offenbach-Stadt (1. 1. 59); Heinrich Fett, FA. Friedberg (1. 1. 59); Wilhelm Feuer, FA. Bad Homburg (1. 1. 59); Rudolf Fischer, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Heinrich Fix, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Karl Frankenreuther, FA. Rüdeshcim (1. 1. 59); Karl Frede, FA. Korbach (1. 1. 59); Hermann Fritsche, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59);

59); Paul Gierke, FA. Homberg (1. 1. 59); Rudolf Geppert, FA. Korbach (1. 1. 59); Valentin Gögele, FA. Michelstadt (1. 1. 59); Karl Göhler, FA. Michelstadt (1. 1. 59); Ferdinand Götz, FA. Homberg (1. 1. 59); Wilhelm Gräber, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Wilfried Hallmann, FA. Friedberg (1. 1. 59); Wilhelm Heim, FA. Offenbach-Stadt (1. 1. 59); Hermann Henrich, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 1. 59); Franz Herold, FA. Hanau (1. 1. 59); Rudi Herrmann, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59); Werner Hewig, FA. Bad Hersfeld (1. 1. 59); Eduard Hirt, FA. Gießen (1. 1. 59); Rolf Hitzgrath, FA. Hofgeismar (1. 1. 59); Heinrich Hoos, FA. Ziegenhain (1. 1. 59); Ludwig Hohl, FA. Hofgeismar (1. 1. 59); Paul Hofrichter, FA. Frankfurt, Stiftstr. (1. 1. 59); Walter Homeister, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 1. 59); Heinrich Horn, FA. Rüdeshheim (1. 1. 59); Karl Hrodek, FA. Rüdeshheim (1. 1. 59); Franz Hurka, FA. Rotenburg (1. 1. 59); Heinrich Jacobi, FA. Biedenkopf (1. 1. 59); Walfried Jahn, FA. Rüdeshheim (1. 1. 59); August Johe, FA. Michelstadt (1. 1. 59); Alfred John, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 1. 59); Wilhelm Kehl, FA. Hanau (1. 1. 59); Josef Kircher, FA. Fulda (1. 1. 59); Otto Kirsch, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Karl Klapp, FA. Biedenkopf (1. 1. 59); Friedrich Koch, FA. Rüdeshheim (1. 1. 59); Anton Kolar, FA. Gießen (1. 1. 59); Heinrich Kraft, FA. Marburg (1. 1. 59); Leopold Krannich, FA. Frankfurt-Höchst (1. 1. 59); Josef Kroha, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Christian Laucht, FA. Gießen (1. 1. 59); Hans Leclerg, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Friedrich Lenk, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Alfred Lerch, FA. Marburg (1. 1. 59); Josef Lichtneckert, FA. Hofgeismar (1. 1. 59); Anton Lorenz, FA. Alsfeld (1. 1. 59); Friedrich Lott, FA. Wetzlar (1. 1. 59); Johannes Ludwig, FA. Groß-Gerau (1. 1. 59); Franz Lustig, FA. Frankfurt, Stiftstr. (1. 1. 59); Willi Marx, FA. Eschwege (1. 1. 59); Hans May, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Otto Müller, FA. Gießen (1. 1. 59); Wilhelm Müller, FA. Dieburg (1. 1. 59); Heinrich Orth, FA. Homberg (1. 1. 59); Heinrich Paradies, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59); Wilhelm Ramb, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Heinrich Reichardt, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Ernst Reimherr, FA. Bensheim (1. 1. 59); Alfred Reinwarth, FA. Langen (1. 1. 59); Paul Riedel, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Wolfgang Riese, FA. Gießen (1. 1. 59); Rudolf Rimpl, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Johannes Rittscher, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Karl Roos, FA. Dillenburg (1. 1. 59); Franz Roth, FA. Offenbach-Land (1. 1. 59); Heinrich Rudolph, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Heinrich Schaub, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Willy Schefflein, FA. Dillenburg (1. 1. 59); Josef Schlichka, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 1. 59); Franz Schmid, FA. Wetzlar (1. 1. 59); Josef Schneider, FA. Offenbach-Stadt (1. 1. 59); Leo Schreyer, FA. Marburg (1. 1. 59); Josef Schuh, FA. Lauterbach (1. 1. 59); Walter Schulz, FA. Marburg (1. 1. 59); Ferdinand Schwab, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Hans Schwab, FA. Kassel, Goethestr. (1. 1. 59); Ferdinand Schwalm, FA. Homberg (1. 1. 59); Valentin Schwöbel, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 1. 59); Gustav Siel, FA. Rotenburg (1. 1. 59); Heinrich Soine, FA. Nidda (1. 1. 59); Ernst Ulmer, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Heinrich Ulrich, FA. Bensheim (1. 1. 59); Johann Unterbichler, FA. Frankfurt, Stiftstr. (1. 1. 59); Heinrich Volland, FA. Eschwege (1. 1. 59); Wilhelm Völker, FA. Marburg (1. 1. 59); Josef Wagner, FA. Limburg (1. 1. 59); Karl Weber, FA. Alsfeld (1. 1. 59); Philipp Weidmann, FA. Dieburg (1. 1. 59); Dirko Wiegmann, FA. Gelnhausen (1. 1. 59); Heinz Willenberger, FA. Dillenburg (1. 1. 59); Friedrich Winter, FA. Darmstadt (1. 1. 59); Alois Wrba, FA. Fulda (1. 1. 59); Hans Zeber, FA. Bad Homburg (1. 1. 59); Horst Zeuch, FA. Witzenhausen (1. 1. 59); Konrad Zimmermann, FA. Kassel, Spohrstr. (1. 1. 59); zum Steuersekretär die ap. Steuersekretäre (BaK) Rudolf Appl, FA. Weilburg (1. 4. 59); Gustav Brübach, FA. Kassel, Goethestr. (1. 4. 59); Hans Dembeck, FA. Kassel, Spohrstr. (1. 4. 59); Werner Diel, FA. Frankfurt-Höchst (1. 4. 59); Hildegard During, FA. Bensheim (1. 4. 59); Ludwig Gaubatz, FA. Dieburg (1. 4. 59); Hermann Hessler, FA. Michelstadt (1. 4. 59); Erika Johannes, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 4. 59); Hans Kant, FA. Gelnhausen (1. 4. 59); Willi Körner, FA. Gelnhausen (1. 4. 59); Ewald Kreckel, FA. Darmstadt (1. 4. 59); Friedrich Linz, FA. Hanau (1. 4. 59); Heinrich List, FA. Friedberg (1. 4. 59); Erich Longwitz, FA. Frankenberg (1. 4. 59); Franz Lutz, FA. Rüdeshheim (1. 4. 59); Peter Mitter, FA. Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 4. 59); Josef Moyses, FA. Friedberg (1. 4. 59); Walter

Müller, FA. Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 4. 59); Philipp Petermann, FA. Groß-Gerau (1. 4. 59); Wilhelm Reiß, FA. Homberg (1. 4. 59); Rudolf Seifert, FA. Offenbach-Stadt (1. 4. 59); Adolf Schneider, FA. Offenbach-Stadt (1. 4. 59); Peter Stock, FA. Gelnhausen (1. 4. 59); Ernst Stricker, FA. Korbach (1. 4. 59); Eberhard Voigt, FA. Dillenburg (1. 4. 59); Walter Werner, FA. Gelnhausen (1. 4. 59); Helmut Wilhelm, FA. Friedberg (1. 4. 59); Wilhelm Wolf, FA. Gelnhausen (1. 4. 59);

zum Verwaltungsassistent (BaL) Oberamtsgehilfe Johannes Kohl, FA. Langen (1. 3. 59);

ernannt und berufen  
zum Regierungsrat (BaL) Vertragsangestellter (Regierungsrat z. Wv.) Dr. Ernst Heinzmann, FA. Gießen (1. 1. 59),

zum Steueroberinspektor (BaL) Vertragsangestellter Obersteuerinspektor z. Wv.) Kurt Jungmann, FA. Darmstadt (1. 2. 59);

zum Steuerinspektor (BaL) Verwaltungsangestellter (Steuerinspektor z. Wv.) Herbert Wohlrab, FA. Gelnhausen (1. 1. 59);

zum ap. Steuerinspektor (BaW) die Verwaltungsangestellten Doris Appelt, FA. Fulda (28. 2. 59); Rudolf Bachfeld, FA. Offenbach-Land (28. 2. 59); Heinz Becker, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (28. 2. 59); Rudi Bernhardt, FA. Kassel, Goethestr. (4. 3. 59); Fritz Fornoff, FA. Darmstadt (2. 3. 59); Helmut Henn, FA. Gießen (2. 3. 59); Fritz Hess, FA. Kassel, Goethestr. (2. 3. 59); Marianne Kalusza, FA. Frankfurt, Taunustor (28. 2. 59); Otto Krahl, FA. Fulda (2. 3. 59); Herbert Kugelmann, FA. Frankfurt, Taunustor (28. 2. 59); Karl Neff, FA. Darmstadt (28. 2. 59); Friedrich Rosenkranz, FA. Frankfurt, Taunustor (28. 2. 59); Martin Schütz, FA. Darmstadt (28. 2. 59); Erwin Stein, FA. Darmstadt (2. 3. 59); Gotthard Stiller, FA. Frankfurt, Taunustor (2. 3. 59); Gerhard Zitzmann, FA. Gießen (28. 2. 59); zum Steuerobersekretär (BaL) Verwaltungsangestellter (Polizeiobersekretär z. Wv.) Karl Biedenkapp, FA. Frankfurt, Taunustor (1. 1. 59);

zum Steuerobersekretär (BaL) Verwaltungsangestellter (Obersteuersekretär z. Wv.) Hans Riemenschnitter, FA. Frankfurt-Höchst (1. 5. 59);

zum Steuersekretär (BaL) Vertragsangestellter (Steuerassistent z. Wv.) Otto Klas, FA. Gießen (1. 1. 59); Vertragsangestellter (Oberzahlmeister a. D.) Hugo Schneider, FA. Hanau (1. 2. 59);

zum Amtsgehilfen (BaK) Verwaltungsarbeiter Alfred Olbrich, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 3. 59).

### Staatsbauverwaltung

ernannt  
zum Regierungsbaurat (BaL) Regierungsbauassessor (BaW) Otmar Froelich, Staatsbauamt Marburg-Stadt (1. 4. 59);  
zum Regierungsbauamtmann (BaL) Regierungsoberbauinspektor Friedr. Einhäuser, Hochschulbauamt Darmstadt (1. 12. 58);

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL) die Regierungsbauinspektoren Hans Lebert, Staatsbauamt Offenbach (1. 4. 58); Wolfgang Baumgart, Staatsbauamt Bad Wildungen (1. 1. 59); Edwin Raab, Staatsbauamt Bad Homburg (1. 1. 59);

zum ap. Regierungsbauinspektor (BaW) die Regierungsbauinspektor-Anwärter Gerhard Ludwig, Staatsbauamt Gießen-Stadt (13. 2. 59); Karl-Heinz Bötte, Staatl. Bauleitung Ffm.-Rödelheim (18. 3. 59);

ernannt und berufen  
zum Regierungsbauinspektor (BaL) Vertragsangestellter (Regierungsbauinspektor z. Wv.) Ludwig Briel, Staatsbauamt Kassel-Stadt (1. 12. 58);

zum Regierungsbaureferendar (BaW) Verwaltungsangestellter Joachim Geißler, Staatsbauamt Friedberg (1. 5. 59);  
zum ap. Regierungsbauinspektor (BaW) Vertragsangestellter Erich Knierim, Staatsbauamt Gießen-Land (22. 4. 59);  
zum Regierungsssekretär (BaK) Vertragsangestellter Ernst Weiss, Staatsbauamt Bad Homburg (1. 4. 59).

### Verteidigungslastenverwaltung

ernannt  
zum Regierungsinpektor (BaL) Vertragsangestellter (Verwaltungsoberspektor z. Wv.) Wenzel Teich, Amt für Verteidigungslasten Wiesbaden (1. 4. 59).



berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

#### Steuerverwaltung

die Regierungsräte Dr. Hans-Adolf Balling, FA. Darmstadt (11. 3. 59); Hubert Grünwald, FA. Langen (11. 2. 59); Erwin Hahn, FA. Gelnhausen (28. 2. 59); Gerhard Hanke, FA. Frankfurt, Börse (16. 2. 59); Dr. Wolfgang Partheil, FA. Marburg (12. 2. 59); Dr. Heribert Weidenfelder, FA. Wetzlar (4. 3. 59);

die Steuerinspektoren Wolfgang Mack, FA. Frankfurt-Höchst (4. 3. 59); Hermann Schülbe, FA. Eschwege (9. 3. 59); Ludwig Wissemann, FA. Korbach (2. 3. 59);

die Steuersekretäre Hans Müller, FA. Darmstadt (29. 1. 59); Richard Ochs, FA. Alsfeld (24. 4. 59).

In den Ruhestand versetzt

#### Oberfinanzdirektion

Oberregierungsbaurat Helmut Lenke, (1. 5. 59).

#### Steuerverwaltung

Regierungsrat Friedrich Didier, FA. Nidda (1. 4. 59); die Steueramtmänner Arnold May, FA. Frankfurt, Stiftstr. (1. 4. 59); Ernst Haunschild, FA. Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 3. 59);

die Steueroberinspektoren Julius Decker, FA. Dillenburg (1. 3. 59); Jakob Hechler, FA. Gießen (1. 4. 59); Kurt Bürgam, FA. Weilburg (1. 5. 59); Arthur Hofmann, FA. Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 5. 59); Friedrich Huttel, FA. Gießen (1. 5. 59); Friedrich Linker, FA. Frankfurt, Stiftstraße (1. 5. 59);

Steuerinspektor Karl Hartmann, FA. Gießen (1. 4. 59); die Steuerobersekretäre Georg Bachmann, FA. Friedberg (1. 3. 59); Wilhelm Müller, FA. Gießen (1. 3. 59); Karl Best, FA. Darmstadt (1. 5. 59); Jakob Jung, FA. Bad Homburg (1. 5. 59);

die Steuersekretäre Lorenz Kopp, FA. Offenbach-Stadt (1. 3. 59); Wilhelm Völker, FA. Frankfurt, Hamburger Allee (1. 4. 59); Wilhelm Sensfelder, FA. Groß-Gerau (1. 5. 59).

#### Staatsbauverwaltung

Regierungsoberbauinspektor Emil Lang, Staatsbauamt Gießen-Land (1. 4. 59).

Frankfurt (Main), 22. 5. 1959

Oberfinanzdirektion  
P 1400 A — 50 — St I 82  
St.Anz. 25/1959 S. 654

569

### Hessischer Verwaltungsschulverband

#### Neue Lehrgänge am Verwaltungsseminar Wiesbaden des Hessischen Verwaltungsschulverbandes

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden des Hessischen Verwaltungsschulverbandes beabsichtigt, bei ausreichender Beteiligung ab Oktober 1959 folgende Lehrgänge einzurichten:

##### A. Wiesbaden: Ausbildungslehrgang II

Unterricht: dienstags von 8.30 bis 16.30 Uhr;

##### B. Gießen: Ausbildungslehrgang II

Unterricht: mittwochs von 8.30 bis 16.00 Uhr.

Es wird auf die Ergänzung der Ausbildungsordnung für die Anwärter des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung des Landes Hessen vom 20. 4. 1959 (St.Anz. f. d. Land Hessen vom 9. 5. 1959 S. 490) verwiesen.

Für die Zulassung gelten die §§ 3 und 4 der Schulordnung des Hess. Verw.-Schulverbandes (St.Anz. für das Land Hessen vom 6. 7. 1957 S. 606). Anmeldungen sind an das Verwaltungsseminar Wiesbaden, Wiesbaden, Steubenstr. 11, zu richten. Vordrucke können dort angefordert werden.

Wiesbaden, 6. 6. 1959

#### Hessischer Verwaltungsschulverband

Bezirksleitung Wiesbaden

St.Anz. 25/1959 S. 656

### Buchbesprechungen

Kühne-Wolff: Die Gesetzgebung über den Lastenausgleich, Ausgabe B — Ausgleichsleistungen —, 25. Ergänzungslieferung. 120 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen, DM 14,40. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Durch das am 1. 4. 1959 in Kraft getretene 2. ÄndG. A Sp G wurden die meisten Paragraphen des A Sp G betroffen. Diese Änderungen berücksichtigt nunmehr die vorliegende Lieferung, welche das Werk auf den Stand vom April 1959 bringt. Gleichzeitig sind die Erläuterungen zu den nicht ausdrücklich geänderten Vorschriften, die teilweise noch aus dem Jahre 1953 stammen und durch die Entwicklung in der Zwischenzeit, besonders durch das Erscheinen der 1. bis 5. A Sp-DV weitgehend überholt waren, neu bearbeitet worden. Die bereits im Mtbl. BAA vom 22. 12. 1958 in Neufassung veröffentlichten vier Weisungen des Präs. BAA sind jetzt auch in die 25. Lieferung aufgenommen worden. Damit ist das Werk wieder auf den neuesten Stand gebracht und gewährleistet eine zeitgerechte Handhabung.

Im einzelnen enthält die Lieferung: Neubearbeitung des § 249a LAG auf Grund des 2. ÄndG ASpG, Weisung über die Gewährung von Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe (A Gew.-Weisung) i. d. F. vom 1. 12. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 244 vom 19. 12. 1958, Mtbl. BAA S. 502), Weisung über die Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft (ALW.-Weisung) i. d. F. vom 1. 12. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 245 vom 20. 12. 1958, Mtbl. BAA S. 507), Weisung über Leistungen zur Milderung von Härten (HF-Weisung) i. d. F. vom 1. 12. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 245 vom 20. 12. 1958) Mtbl. BAA S. 521), Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1959 (zugleich Weisung über Wohnraumhilfe) vom 1. 12. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 244 vom 19. 12. 1958, Mtbl. BAA S. 571) und schließ-

lich — und das im wesentlichen — das Zweite Gesetz zur Änderung des Altspargesetzes (2. ÄndG ASpG) vom 4. 2. 1959 (BGBl. I S. 29).

Zur Vermeidung von Wiederholungen hinsichtlich der Würdigung darf auf die Buchbesprechungen zu den vorausgegangenen zahlreichen Lieferungen verwiesen werden. Verwaltungsgerichtsrat Rein-

Raumordnung, Raumplanung, Raumpolitik. Von Ministerialdirektor Wittrock, 3,80 DM; Deutscher Gemeindeverlag, Mainz, Vertrieb durch Druckerei Stümpel, Frankfurt a. M.

In dieser Schrift „Raumordnung, Raumplanung, Raumpolitik“ schildert der Leiter der hessischen Landesplanung, worum es bei der Landesplanung geht und wie in Hessen versucht wird, die Raumordnung herbeizuführen.

Abgeordnete, Kommunalpolitiker, Fach- und Ortsplaner finden in dieser kurz gefaßten „Darstellung neuer staats- und kommunalpolitischer Aufgaben“ Auskunft über die Bedeutung der Begriffe Raumordnung, Raumplanung und Raumpolitik, sowie über die Praxis der Landesplanung und die Beteiligung der Fachbehörden, der kommunalen Selbstverwaltung und der freien gesellschaftlichen Kräfte an der Landesplanung.

Die Schrift ist geeignet, auch den Laien mit den Begriffen, Aufgaben und Arbeitsmethoden der Landesplanung vertraut zu machen und Verständnis für die Notwendigkeit des Landesplanungsgesetzes zu wecken, dessen Vorlage in der Regierungserklärung vom 28. Januar 1959 angekündigt wurde.

Die Texte einiger für die Landesplanung wichtigen Veröffentlichungen sind als Anlagen beigelegt. Regierungsrat Renkewitz



# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1959

Samstag, den 20. Juni 1959

Nr. 25

## Veröffentlichungen

1807

**Übertragung der Wohnraumbewirtschaftung an die Gemeinden des Landkreises;**  
hier: Widerruf der Übertragung der Wohnraumbewirtschaftung an die Gemeinde Asbach i. Odw.

Hiermit widerrufe ich gem. § 1 Absatz 2 und 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Wohnraumbewirtschaftungsgesetz vom 2. 6. 1954 (GVBl. S. 100) die der Gemeinde Asbach i. Odw. mit Wirkung vom 27. 10. 1958 zur Erfüllung nach Weisung übertragene Aufgabe der Wohnraumbewirtschaftung (veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 43 S. 1293).

Dieser Widerruf wird mit dem Tage nach seiner Veröffentlichung wirksam.

Darmstadt, 16. 6. 1959

**Der Landrat des Landkreises Darmstadt**  
Az.: 680 — 00

I. V. Krämer

1. Kreisbeigeordneter

1808

**Baulandumlegung Geinsheim „Am Lachen- und Schleifweg“**

Der Kreistag hat die Einleitung des Baulandumlegungsverfahrens „Am Lachen- und Schleifweg“ in Geinsheim beschlossen. Das Gebiet ist in einem Umlegungsplan dargestellt und dort mit einem grünen Farbstreifen umgrenzt. Dieser Plan liegt beim Katasteramt Groß-Gerau, das mit der technischen Durchführung des Verfahrens beauftragt ist, in der Zeit vom 16. Juni bis 30. Juni zur Einsicht offen. In dieser Zeit können auch Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, von den Beteiligten angemeldet werden. Die Verhandlung über den Verteilungsplan findet am 2. Juli 1959 im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Geinsheim statt. Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß bei ihrem Ausbleiben auch ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Groß-Gerau, 8. 6. 1959

**Der Kreisausschuß des Landkreises Groß-Gerau als Umlegungsbehörde**

1809

**Baulandumlegung für das Gebiet „Offenbacher Landstraße, nördlich Hanauer Landstraße und Friedhofstraße“ der Gemarkung Froschhausen.**

Zur Erschließung von Baugelände hat der Kreistag des Landkreises Offenbach in der Sitzung am 14. 5. 1958 gemäß § 25 ff. des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 die Baulandumlegung für das Gebiet „Offenbacher Landstraße, nördlich Hanauer Landstraße und Friedhofstraße“ der Gemarkung Froschhausen beschlossen und eingeleitet. Die Nutzung eines Grundstücks im Umlegungsgebiet darf nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde ge-

ändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

Offenbach (Main), 25. 5. 1959

**Der Kreisausschuß  
des Landkreises Offenbach  
— als Umlegungsbehörde —**

## Gerichtsangelegenheiten

1810

**Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten**

371a E-8: Dem Helmuth Eckhardt in Eibelshausen, Eiershäuserweg 31, ist gemäß Art. 1 § 1 des Gesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf dem Gebiete der Sozial- und Rentenversicherung mit dem Sitz in Dillenburg erteilt worden.

Limburg (Lahn), 10. 6. 1959

**Der Landgerichtspräsident**

1811

**Aufgebote**

F 3/59: Die Gemeinde Oberhülsa, Krs. Fritzlar-Homberg, vertreten durch den Bürgermeister Johannes Rosenkranz, Oberhülsa, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Oberhülsa Band 9 Blatt 81 auf den Namen des Maurers Johannes Rampe, Johann Georgs Sohn, Oberhülsa, eingetragenen Grundstücks Gemarkung Oberhülsa,

Flur 7, Flurstück 34, Grünland die Schwärzwiese, Größe 8,13 Ar, beantragt.

Der Eigentümer wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 10. November 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotsstermine sein Recht anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

Homberg (Bez. Kassel), 6. 6. 1959

**Amtsgericht**

1812

F 4/59: Die Eheleute Heinrich Adam Wagner und Ehefrau Martha, geb. Reitz, Remsfeld, Krs. Fritzlar-Homberg, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Remsfeld Band 14 Blatt 155 auf den Namen der ledigen Martha Elisabeth Bischof, Remsfeld, spätere Ehefrau Wagner, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Remsfeld,

Flur 1, Flurstück 88, Grünland Hochwiese, Größe 2,46 Ar, beantragt.

Die Eigentümerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 10. November 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotsstermin ihr Recht anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Homberg (Bez. Kassel), 6. 6. 1959

**Amtsgericht**

1813

F 2/59: Der Melker Bruno Franke aus Holzhausen bei Homberg, Bez. Kassel, hat — zugleich im Namen seiner Ehefrau Anna Franke, geb. Heinzemann — das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Homberg, Band XI Blatt 309 eingetragenen Grundstücks der Gemarkung Homberg

Flur 18, Flurstück 12, Acker am Schellbacher Pfad, 1,18 Ar, beantragt.

Der im Grundbuch eingetragene Eigentümer Küfer Heinrich Ickler aus Homberg, Bez. Kassel, bzw. dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 10. November 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Homberg (Bez. Kassel), 22. 1. 1959

**Amtsgericht**

1814

F 1/59: Der Maler Karl Röder aus Berndshausen, Krs. Fritzlar-Homberg, Haus Nr. 12, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer der im Grundbuch von Berndshausen Band 8 Blatt 76 eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Berndshausen

Flur 8, Flurstück 9, Ackerland, die Binge, 4,00 Ar, Grünland daselbst, 2,41 Ar, Unland (Gebüsch) 1,40 Ar;

Flur 1, Flurstück 98/1, Gartenland, im Dorfe, 5,63 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer I. die Witwe des Maurers Georg Schnaut, Konrads Sohn, Anna Elisabeth geb. Pfeiffer, in Berndshausen, II. die Erben des Georg Schnaut, 1. Ehefrau des Tagelöhners August Kaufmann, Anna Elisabeth, geb. Schnaut, in Gottsbüren, 2. die Ehefrau des Johannes Kremerius, Barbara Elisabeth, geb. Schnaut, in Bochum, 3. die Kinder des Johannes Schnaut in Freisenbruch, a) Anna Elisabeth Schnaut, abwesend mit unbekanntem Aufenthaltsort, b) Karl Georg Schnaut, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 10. November 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Homberg (Bez. Kassel), 22. 1. 1959

**Amtsgericht**

1815

F 8/57: Die ledige Anna Felsheim in Buchenau, Kreis Hünfeld, Haus Nr. 68, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Buchenau Band III Artikel Nr. 85, unter lfd. Nr. 2 des Verzeichnisses der Grundstücke eingetragen gewesenen Grundstücks Flur 8 Flurstück 325/268, Gartenland im Oberdorf, 1,30 Ar groß, beantragt gemäß § 927 BGB. Das Grundstück ist inzwischen gemäß Veränderungsnachweis unter Nr. 5 und 6 des Bestandsverzeichnisses neu eingetragen.

Eingetragener Eigentümer ist der Fabrikarbeiter Johannes Nürnberger zu Buchenau. Dieser wird hierdurch aufgefordert, spätestens in dem auf den 23. September 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 4, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls er mit seinem Eigentumsrecht ausgeschlossen wird.

Hünfeld, 28. 5. 1959

Amtsgericht

**1816**

3 F 6/57: Durch Urteil vom 29. 5. 1959 sind die Miteigentümer der Grundstücke Schmittlotheim Band 1 Blatt 6 und Kirchlotheim Band 2 Blatt 60, nämlich 1. Marie Schneider, geb. Baumann, in Schmittlotheim, 2. Katharina Bäumer, geb. Baumann, in Wetter (Ruhr), 3. Anna Christine Baumann, Schmittlotheim, 4. Landwirt Daniel Mitze, Schmittlotheim, 5. Fabrikarbeiter Heinrich Bäumer und Frau Elisabeth, geb. Mitze, in Hagen, 6. Fabrikarbeiter Friedrich Wehmann und Frau Wilhelmine, geb. Mitze, Hagen, 7. Luise Senft, geb. Mitze, in Schmittlotheim mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Korbach, 5. 6. 1959

Amtsgericht

**1817**

F 3/58: Durch Urteil vom 3. Juni 1959 ist der Eigentümer des im Grundbuch von Wolfershausen Band 7 Blatt 240 eingetragenen Grundstücks mit seinem Recht ausgeschlossen worden.

Melsungen, 4. 6. 1959

Amtsgericht

**1818**

F 13/59: Der Textilkaufmann Johannes Dietz in Heringen (Werra), Goethestr. 4, vertreten durch die Rechtsanwälte Both in Rotenburg a. d. Fulda, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Lisenhausen Band 22 Blatt 722 eingetragenen Grundstücks

Flur 5, Flurstück 80, Ackerland über der Linde, 8,11 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragene Eigentümerin Witwe Katharina Weisbrod, geb. Eisel, oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. September 1959, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht, Zimmer 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 9. 6. 1959

Amtsgericht

**1819**

F 11/59: Der Landwirt und Dreher Rudolf Brandau in Schwarzenhasel Nr. 24, vertreten durch die Rechtsanwälte Both in Rothenburg (Fulda), hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Schwarzenhasel Band 12 Blatt 379 eingetragenen Grundstücks

Flur 13, Flurstück 18, Gebäudefläche, an der Hasel, 0,17 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer Kaufmann Leopold Weinberg und Handelsmann Salomon Katz II oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. September 1959, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zim. 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 11. 6. 1959

Amtsgericht

**1820**

F 15/59: Der Bundesbahnarbeiter Willi Ackermann in Lisenhausen, Schulstraße, vertreten durch die Rechtsanwälte Both in Rotenburg (Fulda), hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des im Grundbuch von Lisenhausen, Band 12, Blatt 452, eingetragenen Grundstücks

Flur 4, Flurstück 20, Ackerland, in der Grumbachsdelle, 9,07 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer 1. Eobanus Vöckel, 2. Konrad Vöckel, 3. George Vöckel, 4. Anna Christine Beisheim, geb. Vöckel, 5. George Vöckel, 6. Martin Vöckel, 7. Justus Vöckel, 8. Susanne Vöckel, 9. Konrad Vöckel, 10. Katharina Köberich, geb. Vöckel, 11. Susanne Vöckel, Johannes' Tochter, oder deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. September 1959, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 8, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte geltend zu machen, widrigenfalls die Ausschließung erfolgen wird.

Rotenburg (Fulda), 10. 6. 1959

Amtsgericht

**1821**

3 F 6/58: Durch Urteil vom 5. 6. 1959 ist der Landmann Georg Schmitt I aus Obertiefenbach als Eigentümer des im Grundbuch von Obertiefenbach Band 14 Blatt 518 eingetragenen Grundstücks

Flur 54, Flurstück 4274, Acker auf dem Gaul, 2. Gew., Größe 9,00 Ar, mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Runkel (Lahn), 5. 6. 1959

Amtsgericht

**1822**

2 F 5/58: Der Brief über die im Grundbuch von Grävenwiesbach Band 16, Blatt 584 in Abt. III Nr. 3 für die Witwe Eleonore Egli von Opel geschiedene Schneider in Gemünden (Taunus), Haus Sonnenhof, eingetragene Grundschuld ist kraftlos (Urt. v. 26. 5. 1959).

Usingen (Taunus), 3. 6. 1959

Amtsgericht

**1823****Güterrechtsregister**

GR 250 — 5. Juni 1959: Kaufmännischer Angestellter Erich Cirus und Sophie, geb. Heinzmann, Büdingen.

Durch Ehevertrag vom 18. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Büdingen

**1824****Neueintragung**

GR 144: Die Eheleute Arbeiter Hermann Balthasar Schneider und Emma Meta Schneider, geb. Foerster, beide in Münster b. Dieburg, haben durch Vertrag vom 13. März 1959 Gütertrennung vereinbart.

Dieburg, 8. 6. 1959

Amtsgericht

**1825****Neueintragung**

GR 333 — 2. 4. 1959: Baumeister Helmut Schinzel und dessen Ehefrau Lehrerin Gertraude Elise Schinzel-Wagner, beide in Haigerseelbach (Dillkreis).

Durch notariellen Vertrag vom 25. November 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dillenburg

**Neueintragung**

GR 334 — 2. 4. 1959: Eheleute Kaufmann Erwin Theis und Timothea Margarete, genannt Thea Theis, geb. Thomas, in Oberscheld (Dillkreis), Scheldelahnstr. 70

Durch notariellen Vertrag vom 8. Januar 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dillenburg

**Neueintragung**

GR 335 — Eheleute Maurer Wilhelm Heinrich Julius Thomas und Hildegard, geb. Ullrich, in Haiger (Dillkreis).

Durch Vertrag vom 2. Februar 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Dillenburg, 24. 4. 1959

Amtsgericht

**Neueintragung**

GR 336: Eheleute Weber Franz Leicher und Luise, geb. Grohmann, in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 17. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Dillenburg, 24. 4. 1959

Amtsgericht

**Neueintragung**

GR 337: Maschinist Otto Gerdau und Ursula, geb. Eberhard, in Haiger.

Durch Vertrag vom 7. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Dillenburg, 25. 4. 1959

Amtsgericht

**1826**

6 GR 433 — 11. 6. 1959: Maler und Weißbinder Werner Rudolph und Ehefrau Amalie, geb. Schwarzer, Eltmannshausen, Oberland 12.

Durch notariellen Ehevertrag vom 26. Mai 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eschwege, Abt. II

**1827****Neueintragungen**

73 GR 8970: Schreinermeister Robert Römer, Frankfurt (Main) und Emmy, geb. Deibel, Gießen.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8971: Bauingenieur und Architekt Werner Hess und Anna-Maria, geb. Petri, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 13. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8972: Kaufmännischer Angestellter Heinrich Plass und Ingeburg, geb. Nass, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8973: Direktor Robert Launhard und Gisela, geb. Kay, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8974: Verwaltungsangestellter Erhard Zeiss und Anna Berta, geb. Daub, verw. Schlosser, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 11. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8975: Kassierer Hans Lindner und Irma, geb. Windt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8976: Kaufmann Paul Heinrich Westphal und Frieda, geb. Ahlswede, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 9. August 1932 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8977: Uhrmacher Georg Bieratowski und Maria, geb. Jorewitz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8978: Dipl.-Ing. Dr. Adolf Joseph Weiler und Pauline Karoline Elisabeth, geb. Appel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8979: Kaufmann Kurt Hauser und Ursula, geb. Bremer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8980: Kontrolleur Hans Kurt Edwin Heyne und Marianne Josefa, geb. Maier, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8981: Assessor Ronald Vieth und Gisela Margarethe Luise, geb. Haltermann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8982: Kaufmann Rudolf Johann Müllhofer und Doris Hedwig Elfriede, geb. Latzel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8983: Maurer Erwin Krause und Anna, geb. Weber, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8984: Kaufmann Ernst-Walther Sander und Katharina, geb. Wendt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Februar 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8985: Bankkaufmann Hans-Dieter Kirchholtes und Traute Irma, geb. Eichberg, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8986: Stadtangestellter Heinrich Diemer und Else, geb. Beitzel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8987: Behördenangestellter Heinz Messmer, Frankfurt (Main) und Lydia, geb. Sy, Stuttgart.

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8988: Werkzeugmacher Werner Steinmetz und Helene, geb. Kraß, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8989: Kaufmann Wolfgang Karl Wiese und Doris, geb. Vandenhirtz, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 31. März 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8990: Kaufmann Heinrich, genannt Harry Schultheis und Philippine Anna Berta, genannt Betty, geb. Bovensiepen, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Februar 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8991: Schweißer August Walter und Anna, geb. Zanke, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 5. Mai 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8992: Kaufmann Konrad Keinath, und Georgine, geb. Estenfeld, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 5. Mai 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8993: Kaufm. Angestellter Heinz Tönnishoff und Irma Brigitte, geb. Günther, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 3. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8994: Kaufmann Gerd Adolf Banze und Eva Johanna, geb. Hausmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 8995: Dr. rer. pol. Herbert Jacob, Frankfurt (Main) und Marlies, geb. Brovot, Osberghausen.

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8996: Kaufmann Anton Sebastian Debor und Liddy Margot, geb. Hofmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. April 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73**

### 1828

GR II 429: Kfm. Angestellter Heinz Georg Kurt Ferdinand Albrecht und Ehefrau Elisabeth Hedwig Marie, geb. Sanmann, Lauterbach (Hessen).

des Gleichberechtigungsgesetzes vom 14. 6. 1958 besteht gemäß Artikel 8 I Nr. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 Gütertrennung.

Lauterbach (Hessen), 4. 6. 1959

**Amtsgericht**

### 1829

GR 204 — 10. Juni 1959: Dr. med. Hans Schmid von Neidhardt und Frau Dorothea, geb. von Dechend, Korbach, Brilloner Landstraße 10.

Durch Vertrag vom 11. Mai 1959 ist Gütertrennung vereinbart.

**Amtsgericht Korbach**

## 1830 Vereinsregister

Neueintragung mit dem Sitz Frankfurt (Main).

73 VR 3142 — 25. 5. 1959: FEDERATION EUROPEENNE DES SYNDICATS DE FABRICANTS DE PANNEAUX DE PARTICULES EUROPÄISCHE FÖDERATION DER VERBÄUNDE DER SPANPLATTEN-INDUSTRIE.

73 VR 3141 — 4. 5. 1959: Deutsches Maiskomitee.

**Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73**

## 1831 Liquidationen

Die Ein- und Verkaufsgesellschaft m.b.H. (Eiver) in Wiesbaden ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei mir zu melden.

Wiesbaden-Biebrich, 26. 5. 1959

**Ein- und Verkaufsgesellschaft für Lederfabrikation m. b. H. i. L. (Eiver)**

**Der Liquidator: Dr. Fetzer**  
Wiesbaden-Biebrich, Biebricher Allee 89

## 1832

Die Roh-Leder-Pelzvertriebsgesellschaft m.b.H. in Wiesbaden ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei mir zu melden.

Wiesbaden, 26. 5. 1959

**Roh-Leder-Pelzvertriebsges. m. b. H. i. L. (Rolep)**

**Der Liquidator: Dr. Fetzer**

Wiesbaden-Biebrich, Biebricher Allee 89

## 1833 Vergleiche — Konkurse

### Beschluß

2 N 1/58: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Viktor Vogell, Arolsen, Bahnhofstraße 27, Alleininhaber der Fa. T. W. Vogell, Arolsen, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Arolsen, 21. 5. 1959

**Amtsgericht**

## 1834

### Beschluß

81 VN 22/57: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Puella-Primus, Schneider & Co. KG., Frankfurt (Main), Goethestraße 25, Kleider, Abendkleider-Fabrikation, wird aufgehoben, da der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß der im Termin vom 5. 9. 1957 angenommene und bestätigte Vergleich erfüllt worden ist.

Frankfurt (Main), 8. 6. 1959

**Amtsgericht, Abt. 81**

## 1835

81 N 86/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Kaufmanns Roland Kneitschel, in Frankfurt (Main)-Ginnheim, Ginnheimer Hohl 2, wird heute, am 9. Juni 1959, 14 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Industriekaufmann Helmut Burghardt, Frankfurt (Main), Adalbertstraße 13, Tel. 77 73 41. Konkursforderungen sind bis zum 15. 7. 1959 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 17. Juli 1959, 11.15 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 7. August 1959, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 10. 7. 1959 anzeigen.

Frankfurt (Main), 9. 6. 1959

Amtsgericht, Abteilung 81

**1836**

81 NV 9/59 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der J. H. Frey Kommanditgesellschaft, Frankfurt (Main), Steinweg 9, und Gelnhausen, Seestraße 23, wird heute, am 11. Juni 1959, 15 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Josef Dillmann, Frankfurt (Main), Berliner Str. 42, Tel. 2 18 82, wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Zu Mitgliedern des Gläubigerbeirats werden bestellt: 1. der Syndikus Dr. Kühn, Frankfurt (Main), Wittelsbacher Allee 106, 2. der Rechtsanwalt Dr. Helmuth Kowalski, Offenbach (Main), Rathenaustraße 30, 3. der Rechtsanwalt Hans Revermann, Frankfurt (Main), Mendelssohnstraße 57.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 24. Juli 1959, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main) Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens mit seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Frankfurt (Main), 11. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1837**

Beschluß

81 N 268/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der August Huth & Co. Kommanditgesellschaft, Obst- und Gemüseimport, Frankfurt (Main), Großmarkthalle, wird zur Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, Termin anberaumt auf den 24. Juli 1959, 8.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337. Für den Konkursverwalter sind 800,— DM Vergütung und 62,30 DM Auslagen festgesetzt.

Frankfurt (Main), 10. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1838**

Beschluß

81 N 158/57: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Werner Lehmann, Buchschlag, bei Frankfurt (Main), Karl-Semmann-Weg 8, Inhaber der Firma Werner Lehmann, Import, Groß-

handel, Kommission, Vermittlungen, Frankfurt (Main), Großmarkthalle, wird nach Genehmigung der Schlußverteilung zur Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, Termin anberaumt auf den 17. 7. 1959, 8.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337. Für den Konkursverwalter sind 225,— DM Vergütung und 34,90 DM Auslagen festgesetzt.

Frankfurt (Main), 5. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1839**

81 N 125/59 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Ro-We-Pelz Rosenfeld u. Co. Kommanditgesellschaft — Rauchwarengroßhandlung Frankfurt (Main), Niddastraße 56, wird heute, am 9. Juni 1959, 9 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter Rechtsanwalt Helmut Masche, Frankfurt (Main), Zeil 65-69, Tel. 2 58 24, Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli 1959 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Freitag, den 17. Juli 1959, 10 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 7. August 1959, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 10. 7. 1959 anzeigen.

Frankfurt (Main), 10. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1840**

81 N 137/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Röstnuß GmbH, Frankfurt (M.), Oskar-von-Miller-Str. 28, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür stehen zur Verfügung 1434,28 DM. Zu berücksichtigen sind Vorrechtsforderungen I:1 — 1998,66 DM, I:2 — 258,35 DM, I:3 — 15,85 DM und nichtvorrechtigte Forderungen 71 944,54 DM. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) offen.

Frankfurt (Main), 11. 6. 1959

Der Konkursverwalter  
Helmut Burghardt

**1841**

Beschluß

81 N 238/58: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Jutta Treppke, Inhaberin der Firma Studio Mosaiko, Hattersheim (Main), Mühlstraße 11, wohnhaft z. Z. in Wiesbaden, Rüdeshheimer Straße 20, bei Müller, wird hiermit nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Frankfurt (Main), 5. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1842**

Beschluß

81 N 137/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Röstnuß GmbH, Frankfurt (M.), Oskar-von-Miller-Str. 28, wird nach Genehmigung der Schlußverteilung, zur Abnahme der Schlußrechnung, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, Termin anberaumt auf den 17. Juli 1959, 8.45 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurt (Main), Gerichtsgebäude B, Zimmer 337. Für den Konkursverwalter sind 840,— DM Vergütung, und 73,08 DM Auslagen festgesetzt.

Frankfurt (Main), 6. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1843**

Beschluß

81 N 240/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gertrud Speck, geb. Meinicke, Frankfurt (Main), Freiherr-von-Stein-Straße 13 — alleinige Inhaberin der Firma Joh. Jakob Launhardt, Landesprodukte, Import und Großhandel, Frankfurt (Main), Großmarkthalle — wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag der Gemeinschuldnerin und zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters Termin auf den 10. Juli 1959, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Gerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Frankfurt (Main), 8. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1844**

Beschluß

81 N 338/58: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 11. 8. 1958 verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Butzbacher Straße 64, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Edgar Adolf Weis, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Frankfurt (Main), 5. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 81

**1845**

50 (17) N 9/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Richard Mentel, Inhaber der eingetragenen Firma Mentel & Blume, Kassel, Sophienstr. 19, Großhandelsgeschäft mit Mehl- und Mühlenfabrikaten, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und nach Ausschüttung der Masse aufgehoben.

Kassel, 23. 5. 1959

Amtsgericht

**1846**

50 (17) N 62/53: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Bensch Bekleidung KG in Kassel, Wolfsschlucht 15, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke auf den 10. Juli 1959, 11 Uhr, bei dem Amtsgericht in Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Block A, Zimmer 68 bestimmt. Die Vergütung des Konkursverwalters, Rechtsanwalt Dr. Reuter, Kassel, ist auf 1200,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 125,— DM festgesetzt worden.

Kassel, 15. 6. 1959

Amtsgericht

**1847**

50 (17) N 7/53: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Walter Gerlach, früher Wellerode (Landkreis Kassel), Bahnhofstraße 9, jetzt Kassel, Wildemannsgasse 15, Inhaber der eingetragenen Firma Otto Schlafke, Inh. Walter Gerlach, Kassel, Wildemannsgasse 15, Spirituosen und Weine, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Zur Verfügung stehen 2573,50 DM. Die Gläubiger der Klasse I mit festgestellten Forderungen im Gesamtbetrage von 636,58 DM werden voll befriedigt. Die Gläubiger der Klasse II mit festgestellten Forderungen im Gesamtbetrage von 19991,54 DM werden mit 9,6 % befriedigt. Alle übrigen Gläubiger erhalten nichts. Das Verzeichnis der Schlußverteilung liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle, Abteilung 50 des Amtsgerichts Kassel aus. Kassel, 11. 6. 1959

Der Konkursverwalter  
Lublasser, Rechtsanwalt

**1848****Beschluß**

7 VN 1/52: In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des Heilpraktikers Martin Schmidt in Lampertheim (Hessen) Inhaber des Moorbadsanatoriums in Lampertheim, wird 1. die Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens mangels Masse abgelehnt, 2. die Einstellung des Vergleichsverfahrens angeordnet.

Lampertheim, 10. 3. 1959 **Amtsgericht**

**1849**

N 1/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Ladafa — Lauterbacher Damenhutfabrik — Konrad Feick KG. in Lauterbach (Hessen), Gartenstraße 11, wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Anhörung über Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters Termin auf Dienstag, den 30. Juni 1959, 9 Uhr im Amtsgerichtsgebäude in Lauterbach, Zimmer 22, anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts niedergelegt.

Lauterbach (Hessen), 3. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1850**

VN 1/58: Im **Konkurs** über das Vermögen 1. der Firma Friedrich Wilhelm KG, Ortenberg (Oberh.), Wilhelm-Leuschner-Straße 18, Vertrieb von Reiseandenken, Schmuck und Lederwaren, 2. des persönlich haftenden Gesellschafters, Kaufmann Friedrich Wilhelm in Ortenberg (Oberh.), Wilhelm-Leuschner-Straße 18 wird zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners und Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 3. Juli 1959, um 10 Uhr, Zimmer 9 anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Ortenberg, 5. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1851**

3 N 1/58: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns David Vorwerk, Sportartikel, Wetzlar, Langgasse 14, wird eine Gläubigerversammlung auf den 13. Juli 1959, 9 Uhr, in das Amtsgerichtsgebäude in Wetzlar, Wertherstr. 2, Saal 49, einberufen.

Tagessordnung: a) Evtl. Bestellung eines Gläubigerausschusses, b) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, c) Verhandlung und Abstimmung über einen Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners. Der Vergleichsvorschlag steht auf der Geschäftsstelle zur Einsicht durch die Beteiligten zur Verfügung.

Wetzlar, 11. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1852**

62 N 51/58: In dem **Nachlaßkonkursverfahren** Ferdinand Goedel (Amtsgericht Wiesbaden — 62 N 51/58 —) soll die Schlußverteilung erfolgen. Zur Verfügung stehen ungefähr 1100,— DM. Zu berücksichtigen sind in Rangklasse 4 = 84,— DM, in Rangklasse 6 = 9619,43 DM.

Wiesbaden, 9. 6. 1959

Der Konkursverwalter  
Zilcken, Rechtsanwalt

**1853**

N 1/58: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Elektromeisters Erwin Weber in Niederwalluf (Rhg.), N 1/58 des Amtsgerichts in Eltville (Rhein), soll eine Abschlagsverteilung erfolgen. Es sollen die Gläubiger der Rangklasse 1 mit 4318,23 DM voll ausgezahlt werden.

Wiesbaden, 10. 6. 1959

Der Konkursverwalter  
Zilcken, Rechtsanwalt

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

**1854****Beschluß**

K 3/58: Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung der in Bad Hersfeld belegenen, im Grundbuche von Bad Hersfeld Band 71 Blatt 2718 auf den Namen der Ehefrau Friederike Nöding, geb. Heß,

eingetragenen Grundstückshälfte des Grundstücks:

lfd. Nr. 2 Flur 38, Flurst. 1351/0,298, Hof- und Gebäudefläche Schlippenal 88, 8,78 Ar wird aufgehoben, da der betreibende Miteigentümer dies bewilligt hat. Der auf den 24. Juni 1959 bestimmte Termin fällt weg.

Bad Hersfeld, 9. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1855**

3 K 49/57 u. 50/57: Die im Grundbuch von Lützellinden a) Band 31 Blatt 1040 u. b) Band 32 Blatt 1045 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Lützellinden, zu a) Nr. 1 Grundstück hinter den Steinbrücken, Flur 16, Flurstück 183/35, 5,12 Ar, (Wert 150,— DM), Nr. 2, Acker unter dem Viehweg, Flur 12, Flurstück 275/21, 5,11 Ar, (Wert 400,— DM),

zu b) Nr. 6 Acker daselbst, Flur 12, Flurstück 10, 10,36 Ar, (Wert 850,— DM), Nr. 8, Schreiner Holl. Flur 26, Flurstück 55, 12,13 Ar (Wert 400,— DM)

sollen am 8. Juli 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 11. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Ehefrau Friedrich Allendörfer, Marie, geb. Hoßbach, Lützellinden. zu b) Kaufmann Friedrich Allendörfer, Lützellinden.

Gebote werden im Versteigerungstermin nur von solchen Bietern zugelassen, die eine Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes Wetzlar vorlegen. Anträge auf Erteilung einer Bietgenehmigung sind beim Landwirtschaftsamt bis spätestens 30. 6. 1959 zu beantragen. Es handelt sich um einen Zwangsversteigerungstermin gemäß § 113 Abs. 3 LAG.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 10. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1856**

4 K 5/9: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 43, Blatt 2470, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Auerbach, Flur 16, Flurstück 98/3, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Straße 134, 5,48 Ar,

soll am 5. August 1959, 15 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 12. März 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bäcker und Koch Walter Katlewsky und seine Ehefrau Marianne, geb. Kadach, beide in Bensheim-Auerbach, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bensheim, 10. 6. 1959 **Amtsgericht**

**1857**

84 K 185/58: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Schwanheim, Band 14, Blatt 348 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 11, Gemarkung Schwanheim, Flur 8 Flurstück 1317/1644, Hof- und Gebäudefläche Hegarstraße 41, 6,31 Ar, soll am 5. August 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. Dezember 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Mathilde Stumpf, geb. Reuß, in Kelkheim-Münster. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 61 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 1. 6. 1959

Amtsgericht, Abt. 84

**1858**

**Beschluß**

4 K 25/58: Das im Grundbuch von Watenborn-Steinberg Band 36, Blatt 1568 eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Watenborn-Steinberg, Flur 3, Flurstück 273, Lieg.-B. 1729, Geb.-B. 1271, Hof- und Gebäudefläche Jahnstraße 20, 8,00 Ar,

soll am 1. September 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, Zimmer 101, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Oktober 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. a) Arbeiter Rudolf Brandel I., zu  $\frac{1}{2}$ , b) Dachdecker Rudolf Brandel II, zu  $\frac{1}{2}$ , beide in Watenborn-Steinberg.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM (zwanzigtausend Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 2. 6. 1959

Amtsgericht

**1859**

51 K 30/59: Am 19. August 1959, 10.30 Uhr, soll beim Amtsgericht Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung das im Grundbuch von Kassel Band 230 Blatt 5471 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kassel, Flur A, Flurstück 286/5, Lieg.-B. 5643, Geb.-B. 3841, Hof- und Gebäudefläche, Bremer Str. 22, 2,97 Ar, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin dieses Grundstückes am 17. März 1959, dem Tage der Eintragung des Zwangsvolleistreibungsvermerks: Witwe Frieda Krey, geb. Aderhold, in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 11. 6. 1959

Amtsgericht

**1860**

**Beschluß**

7 K 5/59: Die im Grundbuch von Lampertheim Band 116 Blatt 5307 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Lampertheim,

lfd. Nr. 1, Flur V, Flurstück 464 1, Hof- und Gebäudefläche, Ernst-Ludwig-Str. 3, 1,07 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur V, Flurstück 464 2, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 3,57 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur V, Flurstück 464 3, Hofraum, daselbst, 0,36 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 19. August 1959, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 17, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Februar 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Paul Kern und Elisabeth, geb. Göbel, in Lampertheim, zu je  $\frac{1}{2}$ . Der Wert der

Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Lampertheim, 8. 6. 1959

Amtsgericht

**1861**

**Beschluß**

K 4/58: Das im Grundbuch von Limburg (Lahn) Band 10, Blatt 350 A eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg (Lahn), Flur 36, Flurstück 181/11, Lieg.-B. 1988, Geb.-B. 921, Hof- und Gebäudefläche Grabenstraße 34, 3,47 Ar,

soll am 24. August 1959, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zim. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. Juni 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Kommanditgesellschaft in Firma Georg Fischer sen. u. Co. in Limburg, Grabenstraße 34.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 27. 5. 1959

Amtsgericht

**1862**

**Beschluß**

K 12/58: Das im Grundbuch von Limburg (Lahn), Band 20 Blatt 627, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg (Lahn), Flur 24, Flurstück 1, Lieg.-B. 517, Geb.-B. 325, Hof- und Gebäudefläche Brückengasse 13, 1,32 Ar,

soll am 31. August 1959, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede Nr. 14, Zim. 14, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. August 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schmiedemeister Philipp August Hohlwein in Limburg.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 29. 5. 1959

Amtsgericht

**1863**

5 K 9/59: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Dreieichenhain, Band 19, Blatt 1431 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Dreieichenhain,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 667 1, Lieg.-B. 1316, Gartenland im Kirscheck, 2,08 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Flurstück 323, Lieg.-B. 1316, Gartenland am Offenthaler Weg, 0,74 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurstück 324, Lieg.-B. 1316, Hof- und Gebäudefläche (Scheune) Maiefeldstr. 30-32, 34, 1,28 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 321 1, Lieg.-B. 1316, Gartenland am Offenthaler Weg, 0,98 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 1, Flurstück 322, Lieg.-B. 1316, Gartenland am Offenthaler Weg, 0,62 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 1, Flurstück 325, Lieg.-B. 1316, Gartenland am Offenthaler Weg, 0,75 Ar,

sollen am Montag, dem 24. August 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. April 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Heinrich Brücher, Maurermeister, in Dreieichenhain zu  $\frac{1}{2}$ .

Der Wert der Grundstücksanteile wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt bzgl. lfd. Nr. 2 auf 312,— DM, bzgl. lfd. Nr. 3 auf 148,— DM, bzgl. lfd. Nr. 4 auf 18 256,— DM, bzgl. lfd. Nr. 5 auf 196,— DM, bzgl. lfd. Nr. 6 auf 124,— DM, bzgl. lfd. Nr. 7 auf 150,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Langen (Hessen), 2. 6. 1959

Amtsgericht

**1864**

**Beschluß**

K 10 58: Die im Grundbuch von Limburg (Lahn), Band 63 Blatt 1961 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Limburg (Lahn),

lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 169 130, Lieg.-B. 2342, Hof- und Gebäudefläche Schiede, 10,06 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 129, Geb.-B. 2325, Hof- und Gebäudefläche Schiede, 8,34 Ar, Lagerplatz, 4,25 Ar,

sollen am 7. September 1959, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede Nr. 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. August 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Schmiedemeister Ernst Hohlwein, b) dessen Ehefrau Valentina Hohlwein, geb. Choryan, in Limburg (Lahn), je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 27. 5. 1959

Amtsgericht

**1865**

**Beschluß**

3 K 2 59: Das im Grundbuch von Weyer Band 10, Blatt 356, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Weyer, Flur 14, Flurstück 75 19, Lieg.-B. 195, Geb.-B. 127, Hofraum, Hohlstr. 114, 3,63 Ar,

soll am 30. September 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zim. 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 14. April 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bergmann Philipp Kahlheber zu Weyer.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1850,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Runkel (Lahn), 1. 6. 1959

Amtsgericht

**1866**

3 K 10 59: Das im Grundbuch von Klein-Altenstädten Band 17, Blatt 632, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Klein-Altenstädten, Flur 5, Flurstück 433 125, Hof- und Gebäudefläche, Sophienstraße 22, 3,37 Ar,

soll am 16. 9. 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 10. 3. 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Klieber, Klein-Altenstädten.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 8. 6. 1959

Amtsgericht



**1867 Öffentliche Ausschreibungen**

**FULDA.** Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen Deckenbauarbeiten auf Landstraßen II. Ordnung im Kreis Fulda im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Es handelt sich um:

- rd. 36 500 qm Asphaltbetontoppich bzw. Rauhbelag mit Streumakadam-Unterschicht und erforderlicher Profilverbesserung einschl. Nebenanlagen.

Die Ausschreibungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Straßenbauarbeiten mit Erfolg ausgeführt haben. Bewerber, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstr. 14, Telefon 4865, spätestens bis zum 29. 6. 1959 mitzuteilen. Hierbei ist anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt werden oder durch die Post zugesandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 15,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Fulda, Postcheckkonto Frankfurt/M. Nr. 67 49. Für Selbstabholer werden die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht ab 22. 6. 1959, in der Zeit von 8—12 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, abgegeben. Der Eröffnungstermin findet am Freitag, dem 3. Juli 1959, 11 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt, Fulda

**1868**

**FULDA.** Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda werden nachstehende Brückenbauarbeiten im öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben:

Neubau einer Stahlbetonplattenbalkenbrücke über die Bundesbahn im Zuge der L. II. O. Nr. 117 zwischen Lehnerz und Niesig, Kreis Fulda, in Bahn-km 113,268. Es handelt sich bei diesem Bauvorhaben um eine Brücke mit einer lichten Weite von 26,50 m und einer lichten Höhe von 5,53 m; Ausbaquerschnitt RQ 9,00. Sonderentwürfe in Anlehnung an den vorliegenden Vorentwurf sind zugelassen.

Die Ausschreibungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Brückenbauvorhaben mit Erfolg ausgeführt haben. Bewerber, welche die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14, Telefon 4865, spätestens bis zum 3. 7. 1959 mitzuteilen. Hierbei ist anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt werden oder durch die Post zugesandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 10,— DM (für zwei Ausfertigungen), die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Fulda, Postcheckkonto Frankfurt/M. Nr. 67 49. Für Selbstabholer werden die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung ab sofort beim Hess. Straßenbauamt Fulda, in der Zeit von 8—12 Uhr, abgegeben. Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 7. Juli 1959, 11 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt, Fulda

**1869**

**MARBURG.** Die Arbeiten für die Beseitigung von Frostschäden an den Landstraßen I. O. Nr. 3048 von km 13,250—14,450 zwischen Kirchhain und Allendorf, Nr. 3085 zwischen km 1,810—2,340 Frankenau—Bundesstraße 253 und Nr. 3048 von km 9,300—9,750 zwischen Erbenhausen—Hassenhausen, im Kreis Marburg und Frankenberg sind unter ausdrücklicher Beschränkung auf anerkannte Fachfirmen zu vergeben.

Zur Ausführung kommen etwa 13 000 qm Streumakadamdecke mit einem Asphaltbetontoppichbelag und z. T. eine Unterbauverstärkung.

Firmen, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 25. 6. 1959 dem Hess. Straßenbauamt Marburg, Ketzenbach 11, mitzuteilen. Die Selbstkosten für die 2. Ausfertigung in Höhe von 10,— DM sind an die Staatskasse Marburg, Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 67 58 unter Angabe des Verwendungszweckes zu überweisen. Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. Eröffnungstermin: 8. 7. 1959, 11 Uhr.

Hess. Straßenbauamt Marburg

**1870**

**MARBURG.** Die Arbeiten für eine Streumakadamdecke im Zuge der Landstraße I. Ordnung Nr. 3296, Ortslage Haddenberg, Straßen-km 0,000—0,600 im Kreis Frankenberg sind unter ausdrücklicher Beschränkung auf anerkannte Fachfirmen zu vergeben.

Zur Ausführung kommen etwa 3500 qm Streumakadamdecke. Ausführungsfrist: 35 Kalendertage.

Firmen, die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies bis zum 25. 6. 1959 dem Hess. Straßenbauamt Mar-

burg, Ketzenbach 11, mitzuteilen. Die Selbstkosten für die 2. Ausfertigung in Höhe von 5,— DM sind an die Staatskasse Marburg, Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758 unter Angabe des Verwendungszweckes zu überweisen. Angebotsvordrucke können ab sofort beim unterzeichneten Bauamt bezogen werden. Die Quittung über die eingezahlte Gebühr ist der Bestellung beizufügen. Eröffnungstermin: 7. 7. 1959, 11 Uhr.

Hess. Straßenbauamt Marburg

**1871**

**AROLSSEN.** Im Bauamtsbezirk des Hess. Straßenbauamtes Arolsen wird hiermit der Ausbau der Landstraße I. Ordnung Nr. 3084 zwischen Sachsenberg und Nieder-Orke, km 39,300—41,930, öffentlich ausgeschrieben. Es werden u. a. nachstehende Arbeiten anfallen:

- 1. 5 200 qm Auskofferrung herstellen,
- 2. 4 300 t Sauberkeitsschicht liefern und einbauen,
- 3. 7 000 t Schotterunterbau herstellen einschl. Materiallieferung,
- 4. 13 200 qm Streumakadamdecke herstellen.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt in Arolsen, Rauchstraße 3, bis spätestens 26. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 6,— DM für je zwei Ausfertigungen ist beizufügen. (Einzahlungen auf das Konto der Staatskasse Arolsen, Konto-Nr. 399 bei der Kreissparkasse in Arolsen unter Angabe der Ausschreibungsstrecke.) Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Quittung am Freitag, dem 3. 7. 1959, in der Zeit von 8—12 Uhr, im Hess. Straßenbauamt abgegeben.

Der Eröffnungstermin findet im obigen Amt am Mittwoch, dem 15. 7. 1959, vorm. 10 Uhr, statt.

Arolsen, 12. 6. 1959

Hessisches Straßenbauamt

**1872**

**ESCHWEGE.** Zur Ausführung von Straßenbauarbeiten einschl. Materiallieferung für den Ausbau der Landstr. I. Ordnung Nr. 3241/42 km 7,332—8,132, beim Gasthaus Schwalbenthal auf dem Hohen Meißner, Krs. Eschwege, soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Es handelt sich um

- rd. 6900 m<sup>3</sup> Erdarbeiten,
- rd. 5300 m<sup>3</sup> Rauhbelag auf Streumakadamunterschicht u. Packlage,
- rd. 290 m<sup>3</sup> Kandelpflasterung,
- und sonstiger Nebenarbeiten für einen Ausbau nach RQ 9.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, bis spätestens 24. 6. 1959 (Eingangstag) mitzuteilen und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 26. 6. 1959 im Hess. Straßenbauamt Eschwege abgegeben. Die Eröffnung der Angebote findet am 8. 7. 1959, 10 Uhr, statt.

Hess. Straßenbauamt Eschwege

**1873**

**WIESBADEN:** Die Bauarbeiten für den Hochstraßenteil mit Überdachungsbauwerk der Umgehungsstraße Oestrich—Mittelheim—Winkel, II. Bauabschnitt (B 42) sollen vergeben werden. Es sind u. a. auszuführen:

- 170 lfd. m Brückenbauwerk, 14 m breit mit durchlaufender Bewehrung über jeweils 4 Felder à 10 m,
- 120 lfd. m Überdachungsbauwerk in Gelenkrahmene Ausbildung und durchlaufender Dachplatte über jeweils 4 Felder à 10 m Ausfachung der Wände mit Glasbausteinen,
- Herstellung von rund 110 lfd. m Kranbahnfundamenten.

Eine Auftragserteilung kann nur an Unternehmer erfolgen, die nachweislich in den letzten Jahren Arbeiten gleicher Art und gleichen Umfangs bereits einwandfrei für die Straßenbauverwaltung ausgeführt haben und über die erforderlichen Geräte und erfahrenes Fachpersonal verfügen.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßenneubauamt Rhein/Main, Wiesbaden, Scheffelstraße 9, bis spätestens Montag, den 22. 6. 59 mitzuteilen, und dabei anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von DM 10,00 ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postcheckkonto 6830 Ffm. mit dem Kennwort „Hochstraße Oestrich“. Die Überweisung per Post erfolgt als portopflichtige Dienstsache. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 29. 6. 1959 in der Zeit von 8.00 Uhr bis 13.30 Uhr beim Straßenneubauamt Rhein/Main, Wiesbaden, Scheffelstraße 9, abgegeben. Eröffnungstermin: Freitag, den 10. 7. 1959, 10.00 Uhr.

Straßenneubauamt Rhein/Main Wiesbaden



## Hessische Landesbank - Girozentrale - Frankfurt (Main)

Bilanz zum 31. Dezember 1958

## AKTIVA

	DM
1. Kassenbestand	2.162.598,49
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	94.218.301,84
3. Postscheckguthaben	2.212.908,64
4. Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)	82.222.860,17
a) täglich fällig	32.000.000,—
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	389.206.822,85
5. Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendscheine	3.984.613,36
6. Schecks	4.553.418,31
7. Wechsel	74.196.506,95
darunter: a) bundesbankfähige Wechsel	DM 67.471.202,63
b) eigene Ziehungen	DM 32.456,88
8. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	170.559.116,56
8A. Ausländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	9.983.333,37
9. Wertpapiere	169.857.629,98
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	26.036.097,74
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	142.835.072,13
c) börsengängige Dividendenwerte	886.460,11
d) sonstige Wertpapiere	—,—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 161.348.041,98
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	23.036.400,35
a) bestätigte Ausgleichsforderungen	—,—
b) noch nicht bestätigte Abgänge	—,—
10A. Deckungsforderungen nach § 19 des Altsparkgesetzes	13.490.105,73
Zur Deckung bestimmt	DM 12.646.400,—
11. Eigene Schuldverschreibungen	11.139.178,31
Nennbetrag	DM 12.256.400,—
12. Konsortialbeteiligungen	—,—
13. Debitoren	10.573.768,47
a) Kreditinstitute	137.098.349,61
b) sonstige	—,—
14. Langfristige Ausleihungen	147.872.018,68
a) gegen Grundpfandrechte	Zur Deckung bestimmt
b) gegen Kommunaldarlehnen	DM 216.899.406,42
c) sonstige	DM 223.447.619,05
d) gegen Kommunaldarlehnen	DM 551.025.301,06
e) sonstige	DM 34.776.346,77
f) sonstige	DM 100.976.338,91
	2.232.821.886,35
	Übertrag

## PASSIVA

	DM	DM	DM
1. Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	155.683.342,35		
ab) sonstigen Einlegern	122.883.238,61		278.576.575,96
b) Befristete Einlagen von			
ba) Kreditinstituten	491.893.699,50		
bb) sonstigen Einlegern	177.713.163,07		669.606.862,57
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 611.199.212,99		
c) Spareinlagen			
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	8.383.791,66		
cb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	3.832.610,24		12.216.401,90
2. Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			
darunter: a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr			
b) zweckgebundene Mittel	DM 83.018.068,09		
3. Eigene Akzepte und Solawechsel			
abzüglich eigener Bestand	—,—		
4. Aufgenommene langfristige Darlehen			
5. Schuldverschreibungen im Umlauf			
a) Pfandbriefe			
zum Zinssatz von 4%	12.646.400,—		
(Altsparkpfandbriefe)			
zum Zinssatz von 5%	13.618.100,—		
(Umtauschpfandbriefe)	37.656.000,—		
zum Zinssatz von 5 1/2%	32.265.700,—		
zum Zinssatz von 6%	45.000.000,—		
zum Zinssatz von 6 1/2%	339.600,—		
zum Zinssatz von 7%	4.482.800,—		
zum Zinssatz von 7 1/2%	16.841.000,—		203.849.600,—
b) Kommunalschuldverschreibungen			
zum Zinssatz von 4%	5.088.600,—		
(Umtauschschuldverschreibungen)	42.860.000,—		
zum Zinssatz von 5%	82.013.100,—		
zum Zinssatz von 6%	123.000.000,—		
zum Zinssatz von 6 1/2%	24.000.000,—		
zum Zinssatz von 7%	49.556.000,—		
zum Zinssatz von 7 1/2%	67.447.600,—		373.935.300,—
c) verlorste und gekündigte Stücke			677.440,78
d) Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen dem Darlehensgeber ausgedingte Namensschuldverschreibungen			DM 203.637.298,16
			377.487.340,78
			Übertrag
			2.150.173.095,91

**AKTIVA**

**Bilanz zum 31. Dezember 1958**

**PASSIVA**

	DM	DM	DM	DM
15. Zinsen von langfristigen Ausleihungen gegen				
anteilige im Dez. 1958				
Zinsen u. am 2.1.1959				
fällige Zinsen				
DM		DM		
DM				
a) Grundpfandrechte	2.159.652,04	363.935,26	202.969,32	2.726.567,62
b) Kommunaldeckung	2.588.998,69	1.385.498,75	325.036,59	4.299.534,03
c) sonstige	353.550,64	89.875,05	39.747,73	463.173,42
15A. Rückständige Zinsen von Darlehen aus Auslandsanleihen				
16. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				
16A. Forderungen aus der landwirtschaftlichen Umschuldung von 1923				
17. Beteiligungen				
darunter: an Kreditinstituten DM 412.125,—				
18. Grundstücke und Gebäude				
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende				17.090.410,95
b) sonstige				1.315.589,05
19. Betriebs- und Geschäftsausstattung				1,—
20. Sonstige Aktiva				5.039.400,17
21. Rechnungsabgrenzungsposten				5.731.038,65
22. Mindererlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen unter dem Rückzahlungsbetrag				—,—
23. Bausparkasse				237.185.597,—
24. Reinverlust				—,—
			Summe der Aktiva	3.726.303.032,24
25. In den Aktiven und in den Rückverpflichtungen aus den Passiven 18a, 19, 20 sind enthalten:				
a) Forderungen an Konzernunternehmen				1.173.642,62
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere in § 14 Abs. 1 und 3 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsführer oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstitutes Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist				7.258.244,61
6. Zinsen von Schuldverschreibungen im Umlauf und aufgenommenen langfristigen Darlehen			Übertrag	2.232.821.896,35
anteilige Zinsen	2.112.857,83	309.498,52		
fällige Zinsen	2.161.066,29	628.724,16		
Zinsen gemäß § 2 der 27. DVO/UG	1.827.707,85	797,98		
a) Pfandbriefen	2.112.857,83	309.498,52	273.050,40	2.695.406,75
b) Kommunalschuldverschreibungen	2.161.066,29	628.724,16	—,—	2.789.790,45
c) aufgenommenen Darlehen	1.827.707,85	797,98	—,—	1.828.505,83
6.A. Fällige Zinsen für Auslandsanleihen				2.987.613,85
7. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				1.211.880.856,52
7.A. Verpflichtungen aus der landwirtschaftlichen Umschuldung von 1923				1.874.173,76
8. Stammkapital				3.317.627,—
9. Rücklagen nach § 11 KWG				17.090.410,95
a) gesetzliche Rücklagen				4.905.244,66
b) sonstige				12.185.166,29
darunter: DM 2.626.432,82 Rücklagen der Bausparkasse				
10. Sonstige Rücklagen				—,—
11. Rückstellungen				31.852.749,60
12. Wertberichtigungen				—,—
13. Sonstige Passiva				3.468.496,28
14. Rechnungsabgrenzungsposten				21.004.031,62
15. Mehrerlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen über dem Rückzahlungsbetrag				—,—
16. Bausparkasse				252.075.977,17
17. Reingewinn				1.512.071,95
Gewinn/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				—,—
Gewinn 1958				1.512.071,95
			Summe der Passiva	3.726.303.032,24
18. Eigene Ziehungen im Umlauf				44.946,09
a) darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM —,—				
19. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen				14.919.829,10
20. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln				247.166,99
21. Verbindlichkeiten gegen Konzernunternehmen (einschl. der Verbindlichkeiten unter Passiva Pos. 18a, 19, 20)				—,—
22. Verwaltungskredite				130.497.482,65

**Hessische Landesbank — Girozentrale —**  
**ERTRAG**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1958**

**AUFWAND**

	DM	DM	DM
<b>1. Geschäfts- und Verwaltungskosten</b>			
a) Gehälter und Löhne	11.511.164,38		
b) soziale Abgaben	823.090,84		
c) sachliche Aufwendungen	3.502.837,46		
<b>2. Satzungsmäßige Aufwendungen für den Hessischen Sparkassen- und Giroverband</b>			
		15.837.092,88	
		325.000,—	
<b>3. Zinsen für deckungspflichtige Verbindlichkeiten</b>			
a) Pfandbriefe im Umlauf	10.085.722,83		
b) Kommunalschuldverschreibungen im Umlauf	18.336.900,82		
c) sonstige	8.459.532,46		
<b>4. Steuern und Abgaben</b>			
		36.882.156,11	
		7.036.606,14	
<b>5. Abschreibungen</b>			
a) Grundstücke und Gebäude	3.655.889,27		
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	872.157,32		
c) sonstige	361,70		
<b>6. Rückstellungen</b>			
a) für Pensionsverpflichtungen	1.476.228,35		
b) sonstige Rückstellungen	738.566,79		
<b>7. Sonstige Aufwendungen</b>			
		242.441,79	
<b>8. Außerordentliche Aufwendungen</b>			
		30.717,64	
<b>9. Zuweisung an gesetzliche Rücklagen</b>			
		5.000.000,—	
<b>10. Zuweisung an sonstige Rücklagen nach § 11 KWG</b>			
		1.500.000,—	
<b>11. Aufwendungen der Bausparkasse</b>			
		14.151.470,20	
<b>12. Gewinn des Geschäftsjahres</b> (Gewinnvortrag oder Verlustvortrag DM —,—)			
		1.512.071,85	
		89.260.780,04	
		89.260.780,04	

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt am Main, sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Frankfurt am Main, den 6. April 1959

**Deutsche Revisions- u. Treuhand-Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

gez. ppa. Dr. Meyer  
Wirtschaftsprüfer

Frankfurt (Main), den 11. März 1959

**Hessische Landesbank — Girozentrale —**

Der Vorstand  
Dr. Lauffer Dr. Bach Dr. Baumann Feldmann Seeliger

# Landesbausparkasse Hessen

Bilanz zum 31. Dezember 1958

Aktiva	DM	Passiva	DM
1. Postscheckguthaben	292.450,98	1. Spareinlagen	232.929.736,47
2. Guthaben bei der Landesbank, öffentlichen Sparkassen und fremden Girozentralen	67.604.173,73	a) der nicht zugeteilten Bausparer	216.904.220,06
3. Wertpapiere	3.105.480,50	b) der zugeteilten Bausparer	18.025.516,41
4. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	2.332.790,01	2. Leihgeld	2.034.285,01
a) beständige Ausgleichsforderungen	—	3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.626.432,82
b) unbeständige Minderung	—	4. Rücklagen	23.397,34
5. Deckungsforderungen nach § 19 des Altspargesetzes	—	5. Rückstellungen	1.765.454,25
6. Zwischenkredite	165.507.109,62	6. Rechnungsabgrenzungsposten	423.104,10
7. Bauspardarlehen	—	7. Reingewinn	—
(moch nicht ausgezahlte Bauspardarlehen DM 35.687.841,25)	—		
8. Sonstige Darlehen	8.559.495,48		
9. Sonstige Forderungen	574.388,83		
10. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,—		
11. Rechnungsabgrenzungsposten	60.432,78		
Summe der Aktiva	254.702.409,99	Summe der Passiva	254.702.409,99

Aufwand	DM	Ertrag	DM
1. Zinsen	5.846.395,88	1. Zinsen und Beiträge	7.840.331,73
a) Spareinlagen	805.142,18	a) Zinsen aus Bauspardarlehen	2.434.122,80
b) sonstige	—	b) sonstige Zinsen	—
2. Verwaltungsaufwand	2.696.285,06	2. Gebühren	2.715.868,41
-a) persönlicher	1.196.484,88	a) Abschlussgebühren	—
b) sächlicher	—	b) sonstige	987.503,69
3. Aufwand des Neugeschäfts	—	3. Sonstige Erträge	3.713.372,10
4. Steuern	—	4. Außerordentliche Erträge	10.837,48
5. Abschreibungen	—		152.806,09
6. Sonstige Aufwendungen	—		
7. Außerordentliche Aufwendungen	—		
8. Gewinn des Geschäftsjahres	—		
Summe der Aufwendungen	14.151.470,20	Summe der Erträge	14.151.470,20

## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1958

Frankfurt (Main), den 11. März 1957

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt am Main, sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Frankfurt am Main, den 6. April 1959

**Deutsche Revisions- u. Treuhand-Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**  
 gez. Prof. Dr. Birk  
 Wirtschaftsprüfer

Der Vorstand  
 Dr. Lauffer    Dr. Bach    Dr. Baumann    Feldmann    Seeliger

**Hessische Landesbank - Girozentrale -**

1874

Die aufstrebende, im Raum Frankfurt—Darmstadt gelegene Gemeinde Mörfelden, Kreis Groß-Gerau, ca. 10 000 Einwohner, Ortsklasse B, sucht zum alsbaldigen Dienstantritt

## einen Bauingenieur

Bewerber müssen die Abschlußprüfung an einer höheren technischen Lehranstalt oder Staatshochschule bestanden haben. Gründliche Kenntnisse auf dem Gebiete des Bauverwaltungsdienstes und der Baupolizei sind erforderlich. Bevorzugt werden Bewerber bis zu 40 Jahren. Vergütung erfolgt nach TO.A IV b.

Bewerbungen m. Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und einer lückenlosen Übersicht über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 15. August 1959 an den Gemeindevorstand Mörfelden zu richten.

Mörfelden, 16. 6. 1959

Der Gemeindevorstand,  
Wolf, Bürgermeister

1875

Die Stelle eines

## hauptamtlichen Bürgermeisters

in Oestrich (Rheingau) ist infolge Pensionierung des jetzigen Stelleninhabers neu zu besetzen.

Die Besoldung erfolgt der Einwohnerzahl entsprechend (rd. 4000) nach Gruppe W 11 — Ortsklasse B — des Hessischen Wahlbeamten-Besoldungsgesetzes vom 29. 10. 53 i. d. F. vom 20. 12. 57 (GVBl. S. 174).

Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre. Dienstwohnung ist nicht vorhanden. Von dem Bewerber wird fachliche Vorbildung erwartet.

Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen (selbstgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild und beglaubigte Zeugnisabschriften) binnen 3 Wochen nach Veröffentlichung dieser Ausschreibung an das Bürgermeisteramt Oestrich (Rheingau) einzureichen. Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung.

Der Gemeindevorstand Oestrich (Rheingau)

V d/I

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

**Foschaum** ISOLIERUNGEN

Isolierung: Kälte, Wärme, Schall

Maschinelle Bauaustrocknung

**K. ZITZELBERGER**

FRANKFURT/MAIN-SÜD  
Grethenweg 92 · Ruf 61703

*Spanner* Hauswasserzähler  
Woltmannwasserzähler



**Spanner & Loeven**  
Frankfurter Zählerfabrik  
GMBH

Frankfurt/Main, Bornheimer Landstraße 52 – 56  
Telefon 45378 und 48650



**Foto Haas**

FRANKFURT AM MAIN  
STEINWEG 12 · TEL. 21187

das bekannte Haus für:

**FOTO · KINO**  
**RÖNTGEN · PROJEKTION**

**L. SPOERLE KG**

Frankfurt (Main) – Gutleutstr. 7 – 9 – Ruf 330751

Elektro - Leuchten - Rundfunk - Fachgroßhandlung

**G. MÜLLER**

Teppiche  
Gardinen  
Tapeten  
Linoleum



Frankfurt a. M., Kaiserstraße 5a · Ruf 26454

**Hermann Eisenhuth, Frankfurt a. M.**

Ruf 336654/55

Spezialfirma für Dachpappen  
Asphalt- und Teerprodukte

**Cuenod** Vollautomatische  
**OELBRENNER**

für jeden Zweck und Leistungen von 8000 We h - 2000000 We h

Cuenod-Gesellschaft für neuzeitliche Oelfeuerung m. b. H.  
Frankfurt/Main, Hauptwache 7-8 · Fernruf 26420 · Telex Adresse Oelfeuerung

50 Jahre **STRAUCH** Wiesbaden  
Bahnhofstr. 12  
Ruf 59637

FOTO · KINO · REPRO · RÖNTGEN · PROJEKTION  
Lieferant für Ministerien und Behörden

**Spezialbohrungen für jeden Baugrund**

**Karl Junge** früher Paul Junge

Spezialunternehmen für neuzeitliche Bohrungen und Bodenuntersuchungen  
Frankfurt am Main · Kettenhofweg 61 · Ruf 723138

Für Klimatisierung und Ölfeuerung

**RUHAAK GmbH** Frankfurt (Main)

Ostparkstraße 25-59 Ruf: 491141 Fernschreiber: 04-11580

**SUECIA**

Beratung · Planung · Installation · Kundendienst